

# Sozialistische Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

## Papen - Notverordnung!

**Abbau aller Unterstützungen / Beschäftigten- u. Salzsteuer / Umsatzsteuerverschlechterung / Geschenke für Subventionsempfänger**

### Wieder im Kampf!

\* 14. Juni 1932

Die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ tritt nach einer Woche Verbot nun wieder ein in den politischen Kampf des deutschen Proletariats. Die Regierung wußte, was sie tat, als sie gerade das Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei in dieser stürmischen Entwicklung der politischen Ereignisse für eine Woche zum Schweigen verurteilte. Es liegt darin begriffen die Anerkennung, daß unsere Politik es ist, daß die von unserer Partei in ihrem Organ täglich der proletarischen Öffentlichkeit ins Bewußtsein gerufenen Aktionsnotwendigkeiten es sind, die die Regierung am meisten fürchtet. Mehr fürchtet als die mit viel Pathos angekündigte parlamentarische „Opposition“ der Sozialdemokratie; mehr fürchtet auch als jene Politik der KPD, die zwar kühne revolutionäre Worte gebraucht, aber in der Praxis mehr und mehr zur Schwächung der proletarischen Aktionskraft führt statt zu ihrer Stärkung.

Auch unsere besonderen Freunde in den Redaktionen bürgerlicher „Oppositions“-blätter haben mit Mißbehagen die Anerkennung gespürt, die darin lag, daß die neue Regierung kurz nach ihrer Erklärung, sie werde die Pressekritik loyaler behandeln als die Brüning-Regierung es tat, als erste und bisher einzige Zeitung die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ verboten hat. Der Kommentar, den z. B. das „Acht-Uhr-Abendblatt“ unserm Verbot hinzufügte — ein Blatt, in dessen Redaktion ein von der sozialdemokratischen zur bürgerlichen Presse übergelaufener Redakteur wirkt — gibt sich nicht einmal Mühe, den Aergers über diese Anerkennung unseres Wirkens zu verbergen. Daß die nationale Presse hetzte und verschärfte Maßregeln forderte, versteht sich von selbst. In der proletarischen Presse zeigte sich im allgemeinen eine erfreuliche Solidarität; sogar der „Vorwärts“ schämte sich ein wenig, daß ausgerechnet der Sozialdemokrat Grzesinski das Verbot aussprach, und vergaß dabei nur, daß derselbe Grzesinski durch seine ungerechtfertigten „Verwarnungen“ überhaupt erst die formalen Voraussetzungen für das Verbot geschaffen hat. Eine besondere Rolle in der sozialistischen Presse spielte der „Funke“, das Blatt des JSK, der es fertig brachte, das Verbot nicht nur halb zu decken, sondern damit geradezu eine Denunziation zu verbinden, die sich nicht nur gegen uns, sondern zugleich auch gegen die kommunistische Presse richtete.

Der saubere „Funke“ hat ebenso Unrecht wie Herr Grzesinski im Text seines Verbots: Es ist nicht das Wort, um dessentwillen wir verboten wurden; es sind nicht ein paar Sätze oder Wendungen — es ist der Geist unseres Kampfes, den die Bourgeoisie fürchtet — fürchten muß und fürchten soll. Im Fluße dieser raschen Entwicklung braucht das Proletariat jeden Tag, um am Werk der einheitlichen Klassenaktion zu wirken. Und diese Klassenaktion in jener Form, unter jenen Voraussetzungen, die allein den Erfolg herbei-

Berlin, 14. Juni 1932

Kurz vor Redaktionsschluß geht uns der Wortlaut der neuen Notverordnung zu, eine umfangreiche Broschüre, auf deren Abdruck wir verzichten müssen. Unter dem Stichwort „Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung“, sowie „Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden“ wird mit dieser Notverordnung ein neuer Peitschenschlag gegen die Opfer der Krise des Kapitalismus verübt. Rund eine Milliarde Mark neuer Belastungen der Werktätigen, nicht ein Pfennig Belastung der Kapitalisten und Besitzenden, wohl aber neue Millionen erleichterungen für die Subventionsbezieher, das ist der wahre Inhalt dieser Notverordnung, auf die wir im einzelnen in unserer nächsten Ausgabe zurückkommen.

★

Als Brüning von Hindenburg gestürzt und Papen eingesetzt wurde, hieß es zu der Begründung des Kanzlersturzes: Das Brüningregime hat sich unmöglich gemacht, die Belastungen der Notverordnungsdictatur, die Einschränkungen der Freiheiten müssen ein Ende haben!

Heute, drei Wochen später, zeigt die neue Diktatur-Regierung, welche Belastungen und Freiheitsbeschränkungen ein Ende haben, und welche jetzt erst recht beginnen!

Eine neue Notverordnung ist da, wohl-gemerkt noch nicht die vorbereitete nächste große Notverordnung der Papenregierung, sozusagen nur eine kleine Vorkost — und diese

führen können, wird von keiner anderen politischen Kraft so wirksam vorbereitet wie von der Sozialistischen Arbeiterpartei. Darum mußten wir eine Woche schweigen. Eine Woche wieder gewonnen für die Bourgeoisie, eine Woche wieder verloren für die Politik der Sammlung der proletarischen Organisationen.

Aber die Bourgeoisie täuscht sich! Eine revolutionäre Bewegung stützt sich nicht nur auf das gedruckte Wort. Sie stützt sich auf die realen Bedingungen des Kampfes, auf die Kampfbereitschaft der revolutionären Massen. Und an diesen Bedingungen arbeitet niemand wirksamer und eifriger als dieselbe Papen-Regierung, die uns zu schweigen befahl. Sie schuf in dieser Woche und noch am letzten Tage mit ihrer neuen Notverordnung unzählige neue reale Bedingungen des proletarischen Widerstandes. Eine revolutionäre Bewegung stützt sich mehr als auf das gedruckte Wort auf die Aktivität jedes einzelnen ihrer Mitglieder, und diese Aktivität ist in allen Teilen des Reiches bei unseren Genossen durch das Verbot der „SAZ“ nur aufs äußerste gesteigert worden. Gerade in dieser Woche unseres erzwungenen Schweigens haben unsere Genossen an mehreren Orten ihre zähe und schwere Arbeit gekrönt gesehen durch das Zustande-

### belastet die Werktätigen bereits mit rund einer Milliarde!

Sie vermeidet ängstlich auch nur die geringste Heranziehung der Kapitalisten und Junker! Von Arbeitszeitherabsetzung ist nicht mehr die Rede. Nicht einmal ein Versuch, „neue Wege“ anzudeuten, wovon so viel die Rede war. Dafür aber unentwegt weiter auf den Pfaden, die Herr Brüning gegangen ist. Von Brüning zu Papen, das stellt sich schon heute auch für diejenigen, die noch zweifeln konnten, als Fortschritt vom Regen in die Traufe der Massenausplünderung und der Geldsackschönung heraus!

Und zu den neuen furchtbaren Belastungen der Werktätigen auch zugleich neue Erweiterung des Diktaturregimes! Während Herr von Gayl noch gestern eine „Milderung“ der Pressenotverordnung ankündigte, wird heute veröffentlicht, daß Zeitungen oder Zeitschriften von nun an schon verboten werden können, wenn sie „lebenswichtige Interessen des Reiches durch Veröffentlichung oder Verbreitung unwahrer oder entstellter Nachrichten gefährden“. Es handele sich vor allem um den Schutz der „auswärtigen Interessen des Reiches und der Landesverteidigung!“ Was das in der Sprache der Generalsdiktatur bedeutet, braucht nicht näher erörtert zu werden. Nach dem Muster der Ossietzki-Justiz, nach der Hetze der Koroddi-Clique wird jede selbstverständliche Kritik der Korruptionsmethoden der neuen Kriegs- und Bürgerkriegshetze mit Unterdrückung und Verbot der Kritiken beantwortet werden!

kommen von proletarischen Einheitsaktionen, während an allen anderen Orten die Aufrüttelung der Proletarier zum Zusammenschluß in der Aktion mit verstärkten Kräften fortgesetzt wurde. Was durch unser Verbot an Wirkungsmöglichkeit genommen wurde, es wurde wett gemacht durch die gesteigerte Tätigkeit der Genossen im Betrieb, in den Gewerkschaften, Sportorganisationen, auf den Stempelstellen.

Und nun erhebt auch die „SAZ“ wieder ihre Stimme und reiht sich wieder ein in dieses Ringen um die proletarische Klassenaktion. Sie wird nicht nachlassen in ihrer sachlichen und scharfen Kritik an den verhängnisvollen Fehlern der KPD- und SPD-Politik, aber sie wird nach wie vor ihre ganze Kraft einsetzen, diese Parteien und alle anderen proletarischen Organisationen zusammenzuführen, über alle politischen Differenzen hinweg zu der gemeinsamen praktischen Aktion, die die Stunde immer gebieterischer fordert: zum proletarischen Widerstand gegen Faschismus und Ausbeutung. Und unsere Genossen werden dafür sorgen, daß diese Stimme in noch viel breiteren Kreisen des Proletariats gehört wird als bisher, indem sie unserer Zeitung mit verstärkter Aktivität neue Leser zuführen.

Die „SAZ“ steht wieder in der Front. Der Kampf geht weiter!

### Und zugleich wird die Hitlerische Bürgerkriegsarmee, die SA, wieder erlaubt.

Wo der Diktaturapparat nicht ausreicht, soll die faschistische Terrororganisation eingesetzt werden.

Im einzelnen sieht die neue Notverordnung vor:

180—200 Millionen Mark Unterstützungsabbau der Erwerbslosen!

120 Millionen Mark Krisenunterstützungsabbau!

150 Millionen Mark Wohlfahrtsunterstützungsabbau!

400—500 Millionen Mark Beschäftigungssteuer!

100 Millionen Mark Rentenabbau der Kriegsoffer!

60 Millionen Mark neue Neger-, genannt Salzsteuer!

Dazu nicht etwa eine Beseitigung der bisherigen Negersteuer — der Bürgersteuer —, vielmehr ihre „Neugestaltung“, sie wird den Ländern zur Eintreibung überwiesen!

Dazu weiter eine neue Belastung der kleinbürgerlichen Geschäftstreibenden durch die Aufhebung der bisherigen 5000-Mark-Freigrenze der Umsatzsteuer. Neue preistreiberische Wirkungen dieses Punktes der Notverordnung für die Waren des Massenbedarfes und neue Bankrottserien der kleinen Geschäftsleute sind gewiß! 150 Millionen Mehreinnahmen erwartet die Regierung durch diese Maßnahme!

Dazu die Ankündigung der „Arbeitsbeschaffung“ mit Hilfe des „freiwilligen Arbeitsdienstes“, für dessen Organisation 20 Millionen angesetzt sind!

Das also ist der erste Schritt der Regierung, die selbst von den christlichen Gewerkschaften als die Regierung der Konzentration der Geldsäcke bezeichnet wird.

Keine einzige der ungeheuerlichen Belastungen, die das Brüning'sche Regime bereits verhängte, wagte einen so furchtbaren Schlag gegen die Werktätigen, wie diese erste kleine Notverordnung der Papen-Regierung.

Vergeblich ist die Hoffnung auf ihre Rettung durch Bürgerkriegsknechte der braunen Armee. Gegen die ständig wachsende Peitsche der Unterdrücker und Ausbeuter schließt sich immer stärker der Ring ihrer Opfer zu einem Abwehrblock zusammen. So langsam die Einheitsfront marschiert, so fühlbar ist bereits ihr Druck auf die sabotierenden Apparate der Organisationen, die ihr heute noch widerstreben. Eine breite erste Welle der Abwehrbereitschaft beginnt sich auszubreiten. Allerorts setzt unter den Arbeiterorganisationen die erste Fühlungnahme ein. Dieser Bewegung das Ziel zu geben, ihr die Wege freizumachen, den Arbeiterabwehrblock mit allen Kräften zu fördern, das ist heute die Aufgabe der revolutionären sozialistischen Arbeiter, die Herbeiführung der gemeinsamen Abwehraktion ist das Gebot gegen die ungeheuerlichen Angriffe der bonapartistischen Diktatur!

# Am Vorabend von Lausanne

Am 16. Juni beginnt in Lausanne die große Staatsministerkonferenz, die seit Monaten ihre Schatten auf die gesamte Außenpolitik Europas ausbreitet, und deren Aufgabe es ist, die Schlussfolgerungen aus dem Gutachten zu ziehen, das am Ausgang des vorigen Jahres die sieben Bankgouverneure, die den Beratenden Sonderausschuß der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bilden, zusammen mit vier weiteren Beratern verfaßt haben. Eigentlich war diesen Sachverständigen nur die Aufgabe gestellt gewesen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen und hierüber ihren Befund niederzulegen. In dem schließlich veröffentlichten Bericht erschien aber Deutschland nur als eines der vielen Probleme, die einer Lösung zuzuführen sind, wenn „Katastrophen“ verhindert werden sollen. Ausdrücklich wurde denn auch gefordert: „Es muß daher sofort gehandelt werden, und zwar in einem weiteren Maßstab, als dem durch Deutschlands Lage allein gegebenen.“ So eindringlich indessen der Bericht auf die Dringlichkeit der Lösungen hinweist, so zurückhaltend war er hinsichtlich der Vorschläge. Alles, was die hohen Sachverständigen hierzu zu sagen hatten, gipfelte in der Feststellung, daß es notwendig sei, alle zwischenstaatlichen Schulden — Reparationen und andere Kriegsschulden — an „die gegenwärtige zerrüttete Lage der Welt“ ohne Verzögerung anzupassen, „wenn neues Unheil verhindert werden soll“, sowie in der Empfehlung von Schritten, „um den energischen Maßnahmen, mit denen die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung verteidigt, dauernde Wirkung zu sichern“.

Nicht zuletzt war es dieser Bericht, aufgrund dessen Brüning sich zu der Feststellung berechtigt glaubte, daß Deutschland jetzt „hundert Meter vor dem Ziele stehe“, und daß es darum vor allem gelte, „in den letzten fünf Minuten nicht weich zu werden“. Nicht zu leugnen ist jedenfalls, daß der Bericht der These, daß Deutschland keine weiteren Reparationen zahlen könne, eine gewisse Stütze gab, wenn auch nicht in der bedingungslosen Form, die Brüning und seine Freunde daraus gelesen haben wollten. Da der Bericht ja ausdrücklich die Weltkrise auf Umstände und Verhältnisse teils internationaler, teils deutscher Natur zurückführte, so war damit auch von vornherein schon jenen Tendenzen ein Riegel vorgeschoben, die den ganzen kapitalistischen Zusammenbruch lediglich mit den deutschen Reparationen in Verbindung bringen und in einer Beseitigung dieser bereits die Voraussetzungen zu einem neuen Aufstieg erblicken wollen. Auch in Lausanne wird darum das Problem der deutschen Reparationen nur eins der Probleme sein, die den Verhandlungsstoff abgeben.

Die nun nach vielen Verzögerungen zu einem gewissen Abschluß gelangten Konferenzvorbereitungen, namentlich die soeben in Paris zwischen MacDonald und Herriot geführten Besprechungen machen dies auch für jedermann klar. Denn ginge es in Lausanne nur um die Feststellung, daß Deutschland zur Wiederaufnahme der Reparationszahlungen nach Beendigung des Hoover-Jahres — welche Hoffnungen waren auf dessen Verkündung vor einem Jahre gesetzt worden und mit welchem ehernem Schritt ist trotz Schuldenstundung die Weltkrise auch in diesen zwölf Monaten vorwärtsgeschritten! — nicht imstande sei, dann erübrigte es sich, daß die Ministerpräsidenten sich selber persönlich nach Lausanne bemühten und wären vollends alle sonstigen Vorbesprechungen überflüssig. In dieser Hinsicht gibt es heute wohl keine Meinungsverschiedenheiten. Das Hooverjahr hat nicht die geringste Entspannung gebracht. Im Gegenteil, die Weltwirtschaft und der Welthandel sind heute in einem ungleich zerrütteteren Zustand als damals, die Aussicht auf eine Wiederingangsetzung des internationalen Zahlungsmechanismus ist noch ferner gerückt als je. Schließlich weiß das Ausland ganz gut, daß hinter einer Verweigerung der Stundungsverlängerung die Drohung eines deutschen Moratoriums, wenn nicht gar die Bankrotterklärung Deutschlands steht, was für die Gläubigerstaaten neben dem Anspruch auf weitere Reparationsleistungen auch noch den Anspruch auf die rund 26,5 Milliarden Mark privater Forderungen in Frage stellen würde.

Das ist nun ein im Ausland sehr gefürchteter Trumpf, dessen Ausspielen der deutschen Bourgeoisie zwar noch kein gewonnenes Spiel sicherte, aber doch zu einer derartigen Zuspitzung der Weltkrise führen würde, daß es zumindest fraglich erscheint, ob aus der Konkursmasse für die Gläubiger mehr zu retten ist als aus einem Vergleich. Eben aus diesem Grunde konnten die Verschwörer von Neudeck den Reichskanzler Brüning ziemlich ohne jede Gefahr vor weiteren Komplikationen, noch ohne die Lausanner Konferenz abzuwarten, in die Wüste schicken und wie nach innen so auch nach außen jede Rücksicht fallen lassen. Zwar das Echo, das auf den Regierungsumsturz aus dem Auslande im ersten Augenblick ertönte, war den Papen und Schleicher nicht sehr wohl,

aber die Lausanner Konferenz ist darum in keinem Augenblick gefährdet worden.

Nicht einmal an dem Ergebnis dürfte sich Nennenswertes ändern. Denn einmal hat man sich im Ausland über die wirkliche Schwäche des Brüning-Kabinetts nie getäuscht und bei allen Entscheidungen die Möglichkeit einer Ablösung durch einen offenen Nationalismus in Rechnung gestellt, und zum andern wußte man den Wert der Brüning'schen Verständigungsphrasen, die doch stets nur jesuitisch verkleidete Drohungen waren, sehr wohl zu deuten. Nicht einmal das jetzt am Vorabend von Lausanne durch die Pariser Besprechungen MacDonalds demonstrativ zum Ausdruck gebrachte Freundschaftsverhältnis zwischen England und Frankreich darf als eine erste außenpolitische Fernwirkung des Kurwechsels in Deutschland betrachtet werden, denn die mehr als einmal von Brüning geäußerte Zuversicht, daß es gelingen werde, diese beiden Gläubigerstaaten voneinander zu trennen, war nie mehr als eine Illusion. Tatsächlich hat sich die Brüning'sche Außenpolitik von derjenigen, die jetzt das Junkerkabinetts einschlagen wird, in der Praxis nicht unterschieden. Je länger, desto mehr ließ Brüning die Segel seines Bootes vom extremsten Nationalismus schwellen. So sehr darum die heute bei des Szenenwechsels in Deutschland auch in Kreisen der Sozialdemokratie geweckte Erregung im allgemeinen berechtigt ist — in diesem besonderen Falle der deutschen Außenpolitik ist sie nur als demagogisches Manöver zu bewerten. Wer sich nicht längst von Brüning getrennt hat, der besitzt kein Recht, sich von der Papenregierung in der Außenpolitik zu distanzieren, da sie nur fortsetzt, was Brüning begonnen.

Auch in einer andern Frage, die Lausanne beschäftigen wird, hat Brüning dem Papenkabinetts gründlichst vorgearbeitet. Wir meinen die von der deutschen Bourgeoisie geforderte „Rüstungsgleichheit“, was für Deutschland natürlich nur die Freiheit zur Aufrüstung be-

deutet. Keine Rede des aus dem Hinterhalt gefällten Kanzlers, in der er nicht über das ihn quälende „mindere Recht“ Deutschlands geklagt und dessen Beseitigung gefordert hätte. Deutlicher kann auch das Papenkabinetts nicht werden, nur hat es gegenüber Brüning noch den Vorzug, ungehemmter wie dieser auch die Forderung nach Rüstungsfreiheit mit einem Angebot versehen zu können. Es ist bekannt, daß dieses Papenkabinetts einen betont antibolschewistischen Charakter hat, und zwar nicht nur in Fragen der Kultur und der Sittlichkeit — wie die herrschende Klasse sie begreift —, sondern auch und gerade mit Bezug auf Sowjetrußland. Das knüpft wieder an Stimmungen an, die sowohl in Frankreich als in England nur allzu verbreitet sind, so daß es durchaus im Bereich des Möglichen liegt, daß die gemeinsame Gegnerschaft gegen Sowjetrußland die Grundlage für eine Verständigung auch in dieser Frage abgibt. Hier liegt auch der tiefere Grund für den Stimmungsumschwung, der bereits in der Bewertung des neuen deutschen Kabinetts durch das Ausland eingetreten ist und dort zuversichtlicher auf die Lausanner Konferenz blicken läßt als noch vor kurzem selbst für den Fall für möglich gehalten wurde, daß Brüning als deutscher Delegationsführer erscheint. Der Ausblick ist für den ausländischen Kapitalismus auch zu verlockend: einmal würde dadurch die Spitze des deutschen Nationalismus nach Rußland abgelenkt werden, und zum andern würde es zugleich gelingen, sich in dem deutschen Heer samt der Hitlerschen Privatarmee einen Vasallen im Kampfe gegen den Arbeiterstaat zu schaffen, auf dessen Unterwerfung die Kräfte des internationalen Imperialismus umso stärker drängen, desto heftiger die Krise den Kapitalismus schüttelt.

Noch ist es nicht so weit. Noch verhindern Gegensätze der einzelnen Staaten den gemeinsamen Aufmarsch. Aber das Ziel ist zu verlockend, als daß nicht über diese Gegensätze hinweggesehen werden könnte. Die Verhandlungen in Lausanne werden vornehmlich in diesem Zeichen stehen.

## Englisch-französische Vorbesprechungen

Genf, 14. Juni 1932.

Ueber die bisherigen englisch-französischen Verhandlungen werden von gut unterrichteter Seite folgende Mitteilungen gemacht:

Eine feste Vereinbarung zwischen Herriot und MacDonald ist in Paris nicht erzielt worden. Herriot hat jedoch den Standpunkt der französischen Regierung in der Abrüstungs- und Reparationsfrage eindeutig dargelegt. Die französische Regierung ist danach der Ansicht, daß die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung nicht vor die Abrüstungskonferenz gehöre, sondern als eine Teilrevision des Versailler Vertrages eine Angelegenheit der Unterzeichner-Mächte des Versailler Vertrages sei. Im Falle einer Auflösung der Gleichberechtigungsfrage beabsichtigt daher die französische Regierung die Vorfrage der Zuständigkeit der Abrüstungskonferenz für die Behandlung dieser Frage zu stellen. In französischen Kreisen besteht der Eindruck, daß diese Haltung Frankreichs zur Gleichberechtigungsfrage ein gewisses Verständnis auf englischer Seite gefunden habe, jedoch habe die englische Regierung bisher noch nicht endgültig Stellung genommen.

In der Reparationsfrage hat Mac-

Donald in Paris von neuem den Standpunkt der vollständigen Streichung sämtlicher interalliierten und Reparationschulden vertreten und die Streichung als die Voraussetzung für die Wiederherstellung des Vertrauens und Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise gefordert. Demgegenüber macht die französische Regierung eine endgültige Regelung der Reparationsfrage von der endgültigen Beseitigung der interalliierten Schuld abhängig.

In unterrichteten Kreisen besteht der Eindruck, daß die Lausanner Konferenz kaum über zwei Wochen dauern werde und mit einem befristeten bedingungslosen Moratorium abschließen werde. Die endgültige Entscheidung über die gesamte Reparationsfrage solle sodann auf die Londoner Konferenz übertragen werden, die voraussichtlich im Oktober stattfinden werde. Auf englischer Seite werde ein derartiges Verfahren von der Auffassung getragen, daß es auf der Londoner Konferenz trotz aller bekannten Schwierigkeiten dennoch möglich sein werde, im Zusammenhang mit den Weltkrisenfragen eine Behandlung der interalliierten Schulden und Tributfrage mit der amerikanischen Regierung zu erreichen. Daher soll die endgültige Entscheidung über die Reparationsfrage erst auf der Londoner Konferenz fallen.

## Eine Goebbelshetze zusammengebrochen

Die Kommunisten Wollenberg und Erdner waren unter der Anschuldigung, Terroraktionen angestiftet zu haben, verhaftet worden. Der Nazi-„Angriff“ veröffentlichte gegen die beiden Genossen spaltenlange Verleumdungsartikel, die zu einem Verbot der KPD beitragen sollten.

Es stellte sich jedoch heraus, daß das „Angriff“-Material derart plumpe Fälschungen enthielt, daß selbst der berüchtigte Dr. Brachwitz von der Abteilung IA der Polizeidirektion — bekannt aus der Orloff-affäre —, der die Untersuchung leitete, die Freilassung der Kommunisten verfügen mußte. Unter dem „Material“, das dem Genossen Wollenberg unterschoben werden sollte, befand sich unter anderem ein von den Nazi-fälschern stümperhaft vordatiertes Schreiben, das zu Terrorakten aufforderte. Wollenberg bei es am 2. Juni abgenommen worden, behaupteten die Nazis — aber es trug das Datum — des folgenden Tages!!

Der „Angriff“ erhebt jetzt ein wütendes Geheul über die Freilassung. Begreiflich, denn sie bestätigt, daß die Nazis eine groß

aufgezogene provokatorische Fälscheraktion betrieben haben, auf deren Verfolgung durch die Polizei allerdings bis zur Stunde alle diejenigen vergeblich warten, die auch heute noch von der bürgerlichen Polizei auch nur die geringste Aktionsbereitschaft gegen faschistische Verbrechen voraussetzen.

## Der Veteranen-Marsch

25 000 ehemalige Kriegsteilnehmer sind in der Residenz Hoovers zusammengeströmt und haben Washington förmlich in den Zustand einer belagerten Stadt versetzt. Ihre Forderung ist die sofortige volle Auszahlung der den Veteranen des Weltkriegs zugebilligten Renten, worüber jetzt das amerikanische Unterhaus befinden soll. Es scheint, daß die Parlamentarier unter dem Eindruck dieser Demonstration bereit sind, dem Willen der Veteranen zu willfahren und für die Annahme eines entsprechenden Antrages zu stimmen, was immerhin einer Ausgabe von zehn Milliarden Reichsmark entsprechen würde. Eine charakteristische Begebenheit dieser Zeit: erst zogen sie in den Krieg, um auf Europas Schlachtfeldern die Freiheit des Vaterlandes zu verteidigen und nun müssen sie Krieg führen, damit sie das „befreite Vaterland“ zum Dank nicht verhungern läßt.

## Seht die Stimmlisten ein!

Der Reichsminister des Innern hat verfügt, daß die Stimmlisten und die Stimmkarten für die Reichstagswahl vom 10. bis 17. Juli auszuliegen sind. In diesen acht Tagen muß also jeder sich vergewissern, ob er ordnungsgemäß in den Stimmlisten geführt wird.

## Fahnenflucht

Die bisherigen Parteimitglieder Gertrud Düby, Otto Jacobson und Herbert Duckstein haben die Zeit des Verbots der „SAZ“ ausgenutzt, um durch eine bombastische Erklärung in der „Roten Fahne“ öffentlich ihren Uebertritt zur KPD zu verkünden. Bei Düby und Jacobson kommt das nicht überraschend. Sie hatten diese Absicht schon monatelang, standen nachweislich auch schon lange in Verbindung mit der KPD-Bürokratie. Insofern war ihre „Opposition“ in der SAP, wie ihre bis zuletzt geübte „Kritik“ an der ultralinken Politik der KPD unehrlich und bewußte Täuschung der Parteimitglieder wie ihrer eigenen Anhänger. Duckstein dagegen hat — entgegen seiner Erklärung — gar nicht versucht, „innerhalb der SAP für seine Auffassung zu wirken“. Er hat weder in der Redaktion der „SAZ“, deren ständiger Mitarbeiter er war, noch sonst in der Organisation auch nur verraten, daß er mit der Politik und Führung der Partei unzufrieden ist.

Vollzog sich also schon der Uebertritt dieser Genossen unter sehr merkwürdigen Umständen, so ist ihre Begründung ein geradezu ärmliches Dokument. Weil die SAP-Reichstagsfraktion gegen einige der üblichen Reklameaufträge der KPD gestimmt hat, soll die SAP „konterrevolutionär“ sein. „Ebenso konterrevolutionär und reformistisch“ wäre auch die Politik der SAP in den Gewerkschaften, denn — unser Genosse Ziegler-Breslau hätte sich als DMV-Bevollmächtigter beim Breslauer Metallarbeiterstreik „in die Front der Gewerkschaftsbürokratie eingereiht“. Das ist bewußt gelogen und nur ein Nachplappern der längst widerlegten KPD-Verleumdungen. Tatsache ist, daß der unter Führung unserer Genossen stehende DMV in Breslau die einzige örtliche Gewerkschaft ist, die in wiederholten großen Streiks entschlossen gegen den allgemeinen Lohnabbau kämpfte. Aber — und das ist das Bezeichnende — der Breslauer Streik liegt reichlich ein halbes Jahr zurück. Damals hatten die drei Genossen nichts einzuwenden. Jetzt, nach einem halben Jahr (!!), ist es ihnen deshalb nicht möglich, Mitgließer der SAP zu bleiben.“

In ihrer Erklärung sagen die Genossen dann weiter, daß die KPD „den praktischen Weg zur Einheitsfront des Proletariats zeige“ und — das ist ein besonderer Witz —:

Der demokratische Zentralismus innerhalb der kommunistischen Partei bürgt dafür, daß alle politischen und taktischen Fragen des Klassenkampfes kameradschaftlich gestellt und diskutiert werden können.“

Diese beiden Stellen sind den Unterzeichnern der Erklärung offensichtlich von der KPD-Bürokratie diktiert worden. Die „überzeugungstreuen“ Genossen haben sie wider besseres Wissen geschluckt. Sie haben gerade in diesen Punkten, in der Kritik an der falschen Einheitsfronttaktik der KPD-Führung und ihrer diktatorischen Apparaturwirtschaft, die jede Kritik und Diskussionsfreiheit innerhalb der KPD unterstützt, bis zum Tage ihres Austritts keinerlei Differenzen mit der SAP gehabt, sondern die KPD gerade hier immer genau so scharf kritisiert wie wir. Wenn sie jetzt trotzdem eine solche Erklärung abgeben, so belügen sie sich selbst, die ganze Arbeiterschaft und — auch ihre neue Partei. Sie unterstützen damit den ultralinken Kurs der KPD und schädigen so die revolutionäre Arbeiterbewegung aufs schwerste.

Der wirkliche Grund des Uebertritts von Düby und Genossen ist nichts anderes als Furcht und Ausweichen vor den großen Schwierigkeiten, die sich der SAP bei ihrem revolutionären Kampf in den Weg stellen.

Die SAP hat sich von Anfang an die Aufgabe gestellt, unter Aufzeigen der Schädlichkeit der ultralinken Politik der KPD und der Arbeiterfeindlichkeit der SPD-Politik die wirkliche Einheitsfront des Proletariats herzustellen. Dieser Kampf muß geführt werden gegen die riesigen Parteiparade der KPD und SPD und erfordert daher von jedem einzelnen Genossen der an Zahl schwachen SAP außergewöhnliche Kräfte und Ueberzeugungstreue. Diese Kraft haben die Düby und Genossen nicht aufgebracht, ihnen erscheint es leichter, beim größeren Haufen zu stehen, auch wenn das nur wider bessere Ueberzeugung möglich ist. Das aber ist alles andere als revolutionär, ist reinster Opportunismus. Ihre Tat ist daher Fahnenflucht.

## Alfons wird enteignet

Der spanische Ministerrat hat am vergangenen Freitag eine Verordnung beschlossen, wonach die Güter und das Vermögen des ehemaligen Königs Alfons zu enteignen sind.

# Hitler und Scheringer verdunkeln die Wahrheit

## Das Ergebnis des Münchener Prozesses

In München hatte sich in diesen Tagen der Schriftsteller Abel wegen Meineids zu verantworten. Wie erinnerlich, hatte Abel vor einigen Jahren in dem Prozeß Hitlers gegen Gröbe und die Münchener Post unter Eid ausgesagt, er wisse aus eigener Kenntnis, daß Hitler Auslandsgelder zur Finanzierung seiner Bewegung erhalten habe.

Gegen Abel war darauf Meineidsanzeige erstattet worden. In dem Prozeß, der jetzt in München stattfindet, spielen vor allem die Aussagen Hitlers und Scheringers eine Rolle. Beide bemühten sich mit Erfolg, die Wahrheit zu verdunkeln.

Besonderen Aufsehen erregte die Vernehmung Hitlers. Er gab die Erklärung ab, er habe

schon bald nach dem Kriege die Souveränität Italiens über Südtirol anerkannt, weil es zwecklos sei, an den Friedensverträgen zu rütteln.

Als Abels Verteidiger, Genosse Rosenfeld, Hitler auf diese politisch äußerst bedeutsame Erklärung festlegen und weitere Fragen an

ihn stellen wollte, zog Hitler sich aus der für ihn höchst unangenehmen Situation mit der Erklärung, er lasse sich nicht von jüdischen Rechtsanwälten ausfragen. Wegen dieser Zeugnisverweigerung und der Beleidigung wurde Hitler zwar zu 1000 Mark Ordnungsstrafe verurteilt, in die dunklen Hintergründe des Prozesses wurde aber kein Licht gebracht.

Höchst eigenartig war auch das Verhalten des Zeugen Scheringer. In dem zweiten Reichswehrprozeß — nach seinem Uebertritt zur KPD — hatte er erklärt, seine Aussagen im ersten Prozeß seien nur unter dem Druck des Rechtsanwalts Frank II zustande gekommen. Er halte Hitlers Legalitätsleid für einen Meineid. Als er in diesem Prozeß seine Aussage wiederholen sollte, weigerte er sich standhaft, gegen seinen ehemaligen Oberst auszusagen, und damit die Wahrheit zu retten.

Das Gericht hat Abel wegen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

# Nachspiel zum Mord an Jakobowski

## Meineidsverfahren gegen sozialdemokratischen Landrat

Die Neustrelitzer Staatsanwaltschaft, bekräftigt durch das Todesurteil gegen den Landarbeiter Jakobowski, dessen Schuld keineswegs erwiesen war, hat durch die Eröffnung eines Meineidsverfahrens gegen den sozialdemokratischen Landrat Dr. Foth dem alten Skandal einen neuen hinzugefügt.

Foth gab über die Hinrichtung, der er in amtlicher Eigenschaft beiwohnte, folgende Schilderung:

„Der Hinrichtungsmorgen war naßkalt, neblig, das Wetter schlecht und diesig. Es fror einen bis in das Mark der Knochen. Auf einem kleinen Nebenhof der Strafanstalt versammelten sich Gericht, Zeugen, Arzt, Kriminalisten und der Scharfrichter mit seinen Gehilfen. An der einen Längsseite stand das Gericht, drei hohe Richter, davor der Richtblock; an der Schmalseite, dem Richtblock zugewendet, die Zeugen. Neben dem Richtblock, im schwarzen Rock, mit steifem Hut, drei an der Zahl, die Gehilfen. Davor der Henker im Frack mit weißer Weste. Kindheitsphantasien vom Henker wurden wach. Der Morgen und die Umgebung gaben das Relief dazu.

Die Prozedur verzögerte sich, die Beteiligten wurden nervös. Der Oberstaatsanwalt Müller zum Direktor der Strafanstalt: „Warum wird der Delinquent nicht vorgeführt?“ Der Direktor entfernte sich und kehrt wieder. „Er erhält die letzten religiösen Tröstungen.“ Der Oberstaatsanwalt: „Darauf können wir nicht warten, er soll sofort vorgeführt werden!“ — Der Gefängnisdirektor verließ den Hof durch die Türe, die in das innere Gefängnis führt, und bald darauf kam Jakobowski. Vor und hinter ihm Gefängnis-

wärter, ihm zur Seite ging der Geistliche, ein Gebetbuch in der Hand...“

Oberstaatsanwalt Müller bestreitet jetzt, nach Jahren, diese Äußerung getan zu haben. Müller gehört zu jener Clique, die alles getan hat, um den wahren Tatbestand zu verdunkeln. Als sich im Jahre 1928 die wahren Schuldigen, Nogens, meldeten, wurde ihnen von Müller und seinen Freunden so lange eingeredet, daß sie sich irren müßten, bis sie schließlich ihr Geständnis fallen ließen. Jetzt sehen die Neustrelitzer Reaktionen den Augenblick, um gegen einen sozialdemokratischen Landrat vorzugehen. Sie fühlen sich ihrer Sache unter dem Schutze Hitlers sehr sicher.

## Kapitalisten unter sich

### Prozeß Caro—Petschek

Berlin, 14. Juni 1932.

Der Prozeß zwischen dem Erfinder des Verfahrens zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft, Geheimrat Caro, und Dr. Ernst Petschek, dem Sohn des tschechischen Kohlenmagnaten und Besitzers des ostelbischen Braunkohlensyndikats, der augenblicklich vor der Sonderstrafkammer in Berlin verhandelt wird, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Gepflogenheiten in schwerkapitalistischen Familien.

Der Rechtsstreit an sich ist uninteressant. Caro ist wegen Urkundenfälschung, versuchten Betruges und falscher eidesstattlicher Versicherung angeklagt. In dem Scheidungsprozeß zwischen Ernst Petschek und der Tochter Caros for-

derte Caro die Mitgift in Höhe von 400 000 Mark zurück. Petschek bestritt, das Geld bekommen zu haben, aber Caro will eine Quittung erhalten haben. Diese Quittung, die den Hauptgegenstand des Prozesses bildet, soll unter den abenteuerlichsten Umständen gefälscht worden sein.

Interessant wird der Fall erst durch die Interna aus dem Leben der Kapitalmagnaten, die hier zutage kommen. Professor Caro berichtet, wie er während des Krieges durch seine Erfindung, die für die Kriegsführung bei der Herstellung von Munition ungeheure Bedeutung erlangt habe, zu einem außerordentlich großen Vermögen gelangt ist.

Da er den Ausgang des Krieges auf Grund seiner intimen Kenntnisse vorausgesehen habe, seien sehr große Barmittel in seinem Hause aufbewahrt worden.

Daher habe er 1917 bei der Verlobung seiner Tochter Dr. Petschek

eine halbe Million als Notgroschen übergeben können, sein eigener durchschnittlicher Monatsverbrauch betrug 150 000 RM.

Caro und Petschek beschimpfen sich in dem Prozeß auf das wütendste und stellen sich gegenseitig als Lumpen hin. Wer der größere von beiden ist, ist ohne Interesse. Petschek ließ die Sekretärin Caros monatlang für sich arbeiten und gab ihr dafür 50 Mark.

Aber auch gegenseitig behandelten sich die Kapitalisten auf das skandalöseste. Nach der Trennung Petscheks von seiner Frau umgab Petschek seinen Schwiegervater mit einem Netz von Spionen und versuchte, ihm mit Hilfe eines gekauften Portiers die Kinder zu entführen. Eine Reihe von Detektiven spähte nicht nur Caro, seine Vermögensverhältnisse und seine Korrespondenz, sondern auch seinen Anwalt, Wolfgang Heine aus. Nebenbei wurden

Zeitungen und Abgeordnete gekauft, denn Geld spielte ja keine Rolle.

Petschek soll Caro anlässlich des Streiks in der Braunkohlenindustrie falsche Unterlagen gegeben haben. Auf Grund dieser falschen Unterlagen habe er dann die Notwendigkeit der von Petschek durchgeführten Kohlenpreiserhöhung als Antwort auf die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne im Jahre 1927 vertreten. Petschek habe diese ungerechtfertigte Preiserhöhung

ungeachtet des ungeheuren Elends, das durch den Bergarbeiterstreik verursacht worden war,

durchgeführt. Untreue, die Hunderttausende kostete, und Erpressungen gehören zu den mildesten Vorwürfen, die Petschek gemacht werden.

Caro gibt zu, gegen diese Machenschaften Petscheks einen

„balkanischen Rachefeldzug“

unternommen zu haben. Darüber, wie sich dieser millionenschwere Kapitalist dabei benommen hat, wird Petschek im Laufe des Prozesses, der vier Wochen dauern soll, noch allerhand Ergötzliches auspacken.

## Reichsgericht bestätigt Todesurteile

Leipzig, 14. Juni 1932.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat zwei von den preußischen Reichsgerichten gefällte Todesurteile bestätigt.

Am 22. Januar 1932 hat der Arbeiter Paul Schimanski die Tochter seiner Dienstherrin durch mehrere Schläge auf den Kopf vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet, weil das Mädchen seine Liebesanträge entschieden und standhaft zurückgewiesen hatte. Er wurde

vom Schwurgericht Ebling am 14. März 1932 zum Tode verurteilt. Seine Revision wurde vom zweiten Strafsenat verworfen.

Am 18. Februar 1932 hat der Waldarbeiter Franz Gerhardt seine Frau durch Kopfschuß getötet. Den Leichnam hat er im Walde verscharrt. Er wollte die Frau beseitigen, um den Weg zur Ehe mit seiner Geliebten frei zu machen. Am 9. April 1932 wurde Gerhardt vom Schwurgericht in Tilsit wegen Mordes zum Tode verurteilt. Seine Revision wurde vom zweiten Strafsenat des Reichsgerichts verworfen.

## 24 Arbeiter unter Hochverratsanklage

Leipzig, 14. Juni 1932

Am Dienstag vormittag eröffnete Reichsgerichtsrat Coenders die Verhandlung im Hochverratsprozeß gegen Rabenmüller und 23 Genossen. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, Sprengstoffe in großen Mengen für umstürzlerische Zwecke der KPD methodisch gesammelt zu haben. Die Verhandlung wird voraussichtlich vier Wochen dauern. Es sind vier Sachverständige geladen. Verteidigt werden die Angeklagten durch Gen. Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. Fritz Löwenthal aus Berlin und drei Leipziger Rechtsanwälte. Die Angeklagten Arnold und Blumentritt sollen 52,5 kg Sprengstoff aus einem Kalkwerk gestohlen haben. Der größte Teil der übrigen Angeklagten wird des Sprengstoffkomplots nach § 6 des Sprengstoffgesetzes beschuldigt, ebenso des Besitzes und der Bereithaltung von Schußwaffen.

## Wo blieben die Devaheim-Millionen?

Berlin, 14. Juni

Im Devaheim-Prozeß wurde heute durch die Vernehmung des Angeklagten Claussen die Millionenverschwendung, die unter den Augen der kirchlichen Behörden jahrelang getrieben worden ist, in ein neues Licht gerückt.

Claussen sagte aus, daß die Anleihegelder der Hilfskasse zu 60 Prozent verwirtschaftet worden sind. Durch Privatgeschäfte mit dem Bankhaus Rambaum hat die Hilfskasse ein Defizit von 500 000 Mark erlitten.

So sind die schwer verdienten Groschen der kleinen Sparer von den geistlichen Herren „verwaltet“ worden.

## Milde Strafanträge gegen Prügel-Pastoren

Im Waldhof-Prozeß beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Franke neun Monate, gegen Stein und Benda je drei Monate, gegen Jaap zwei Monate, gegen Teschler ein Jahr Gefängnis, für Knoblauch Freispruch.

Dieser milde Antrag paßt sich durchaus in die Prozeßführung des Gerichts ein, die alle Beweisanträge Rechtsanwalt Löwenthals abgelehnt und diesen damit zur Niederlegung, der Verteidigung gezwungen hat.

Gegen den Verantwortlichen und Hauptschuldigen, Pfarrer Gruber, ist nicht einmal Anklage erhoben worden. Er bleibt Leiter der Anstalt und kann seine „Methoden“ weiter an wehrlosen Kindern ausprobieren.

Ein unerhörter Skandal, gegen den sich die sozialdemokratische Jugendamtsleitung bisher mit keinem Wort gewandt hat!

# 100%

## QUALITÄT

# Entscheiden Sie sich

## darum für Juno.

dann haben Sie für niedrigen Preis eine vollwertige Cigarette in großem dicken Format und von köstlicher Frische

# JUNO

kann dieses ihren Freunden bieten, weil sie weder Wertmarken noch Gutscheine noch Stickerereien bringt.

Gibt es für Sie da eine andere Wahl?



6 STÜCK 20<sup>3</sup>

# Deutschland zwischen Gestern und Morgen

Wir leben in vielen Zeiten, in vielen Jahrhunderten zugleich. Kein Zeitalter der Vergangenheit, das nicht seine Spuren im Heute hinterlassen, das nicht in Reinkultur als „Schutzpark der Vergangenheit“ oder vermischt und verschmolzen mit anderen Zeitabschnitten heute fortlebt. Aber nicht nur die vergangenen Jahrhunderte sind — organisch oder unorganisch — ins Heute eingegliedert, sondern auch die Menschen dieser Jahrhunderte. Nicht als vereinzelte, leicht komische Exemplare leben in den Schutzparks der Vergangenheit solche Schutzparkmenschen, sondern zu Tausenden und Hunderttausenden; und in den Gegenden, in denen sich die Zeiten mischten, sind auch in den Menschen die Zeiten zusammengeschmolzen.

Das vergessen wir oft. Und so kommt es, daß wir mit einem Menschen rechnen, auf einen Menschen unser Tun einrichten, den es gar nicht gibt, den Menschen von heute, von nur-heute. Das ist ein Fehler, der sich besonders schwer rächt in der Arbeiterbewegung, die vielfach eingestellt ist auf einen Idealtyp-Proletarier, und nicht auf die in sich so unheimliche, unhomogene Masse. Wenn wir den Menschen zu sozialistischer Erkenntnis, zum Sozialismus führen wollen, dürfen wir nicht von ihm verlangen, daß er Jahrhunderte in seinem Bewußtsein überspringt, wir müssen ihn aus seiner Bewußtseinslage heraus den Weg zum Sozialismus weisen.

Das ist sehr schwer. Schwer vor allem deshalb, weil wir die Menschen oft nicht kennen, nicht wissen, wie sie denken, nicht wissen, warum sie so denken. Wir ahnen ungefähr, daß wir einen Ruhrarbeiter anders behandeln müssen als eine oberbayerische Bäuerin — aber das ist auch alles. Mehr wissen wir erst, wenn wir ihr Leben kennen, wenn wir das Jahrhundert kennen, in dem sie stecken-geblieben sind.

Wir haben ein vorzügliches Hilfsmittel dazu. Das neue Buch von Anna Siemsen: **Deutschland zwischen Gestern und Morgen**. Wir wandern mit diesem Buch durch Deutschland, nicht wie es an der Oberfläche aussieht, durch das Land und seine Gebirge und Strömungen, durch Kirchen und Kathedralen, durch Schlösser und Elendsquartiere. Ein Reisebuch also? Durchaus nicht. Wir wandern mit ihm durch die Jahrhunderte, die sich für dieses Jahr der Entscheidung in Deutschland zusammengelassen haben, sehen die Gebiete, die sich in einem kurzen Menschenalter verwandelt haben aus dem Weideland, auf dem unsere Väter den Pflug führten, in das schwarze Revier der rauchenden, Trusts und Konzerne schaffenden Höchöfen, wie sie heute schon erkaltet sind und nichts übrigließen als hoch aufgetürmte Kohlenhalden und schöne Villen für ein paar noch immer Reiche. Verwandlungen, die in so ungeheurer schneller Tempo vor sich gingen, daß sie schon vorüber waren, als die Menschen gerade anfangen, sie zu begreifen, daß sie nicht mitkonnten und irgendwo verloren hängen blieben an einem Zeitpunkt, der längst vorbei ist. Eine Wirtschaftsgeschichte also? Auch das nicht.

Denn wir bleiben hier nicht stehen, wir gehen weiter in die Wohnungen der Menschen, stoßen vor zu ihrem Leid, zu ihrer Hoffnung.

\*) Urania-Freidenker-Verlag G. m. b. H. Jena 1932. 156 Seiten. Mit 26 Bildern. 4 M.

Viel Hoffnung ist nach Rückwärts gerichtet. Erst wenn wir das begriffen und die Gründe erkannt haben, können wir Hoffnung und Wollen nach vorwärts lenken. Es ist ein politisches, marxistisches Buch, wie allen politisch und marxistisch ist, was mit offenen Augen und historischer Erkenntnis nach vorwärts gerichtet ist, die Welt zu verändern.

Wir lernen aus diesem Buch unendlich viel. Aber wir lernen — und das ist das Verdienst von Anna Siemsen in der heutigen sozialistischen Literatur einzig dastehenden anschaulichen, lebendigen, klaren Darstellungsart —, ohne es zu merken. Wir lernen nicht nur Tatsachen, sondern — was vielleicht noch viel wichtiger und bestimmt viel schwerer ist — wir lernen sehen. Wir sehen Werden und Vergehen von Epochen, aber wir sehen auch Menschen. Und gerade sie sind besonders lebendig geschildert. Unter Tausenden würden wir sie wieder erkennen, die Münchner möblierte Wirtin, Frau Rauschmeier, diese Type der deutschen Kleinbürgerin, oder die mit ganz besonderer Liebe und Sorgfalt gezeichneten Kinder, Hannele, das schüchtern, durchsichtige Proletarierkind aus dem Waldenburger Hungergebiet mit seiner großen Sehnsucht, und den kleinen Hemdenmatz, der mit erstaunten Augen dem Breslauer Stahlhelm-aufmarsch zuschaut.

Nur Deutschland? Ist das nicht zu eng? Muß die internationale Arbeiterbewegung nicht hinausschauen über die Grenzen? Das Buch tut es. Es sieht, daß Deutschland nur ein Teil, nur ein kleiner Teil von Europa ist, es zeigt, daß der Rhein kein deutscher Strom ist, sondern ein europäischer, daß die Porta Nigra in Trier ein Stück Europa, Hamburg das Tor in die Welt ist, daß die Donau die europäische Zukunft erschließt, es zeigt, warum Berlin anders ist als Paris oder London. Darum ist es ein europäisches Buch. Aber ein deutsches Buch ist es, weil es den Feind im eigenen Land, den es zuerst zu schlagen gilt, weil es die Dynastie Krupp, die schlesischen Schloßherren, die mit einer Million Mark im Jahr die Familie ernähren müssen, um genügend übrig zu behalten für Anschaffung von Bildern und Umbau des Schlosses, die Wuppertaler Industriellen und den Geist von Potsdam zeigt, wie sie sind, wie sie — glücklicherweise — nur in Deutschland sind.

Deutschland morgen? Wird dieses Deutschland, das reichste Land mit dem ärmsten Volk, morgen das sozialistische Deutschland sein? Oder ist das erst das Deutschland von übermorgen, wird morgen erst die faschistische Bürgerkriegs- und die Brandfackel des Krieges das üppige Weideland, das spärliche Nahrung gibt, die großen Fabrikanlagen, an deren Tore der Hunger pocht, verwüsten? Darauf kann kein Buch, darauf kann nur unser Kampf die Antwort geben.

Aber soviel ein einzelner Mensch, soviel ein Buch dazu beitragen kann, den Kampf gewinnen zu helfen, soviel ist hier geschehen. Vergangenes richtig sehen, ausgerichtet auf das richtige Ziel, eindringlich gemacht für uns Heutige und dabei doch ewig Gestrige, auf die es ankommt — jedes für sich schon viel und allzu selten —, ist in unübertrifflicher Vereinigung zueinander gefügt in diesem klugen, wissenden, zukunfts erfüllten Buch. Dora Fabian.

## Zehn kleine Negerlein oder Opfer der Klassenjustiz

Die Geschichte von den Negerlein, jenen zehn kleinen, die eines nach dem anderen irgendeiner Tücke erlegen sind, wenn auch nur, um dem Züchtlern für Kinder zu einem Endreim zu verhelfen, ist wirklich eine „traurige“ Angelegenheit mit happy end (glücklichem Ende). Als solches wurde der Reim durch die Radio unlängst mit Musikbegleitung durch den Aether gesandt, um lauschende Kinder zu erfreuen. Aber ach, dies naive Kinderliedchen wird zum Quell herben Schmerzens durch eine andere Geschichte von kleinen Negerlein, die aber nicht der Phantasie entsprungen, sondern durch die Brutalität der internationalen Ausbeuterherrschaft zum Dokument brutaler Wirklichkeit geworden ist.

In dem Kindervers bleibt von zehn Negerlein noch übrig eins, — das reimt sich nämlich gerade auf Mainz, die Stadt, wohin es sich verlaufen hat. Traurig über sein Schicksal hat es „Ach und Weh geschrieben“ und ist mit dem Zeppelin nach Afrika geflogen, wo es die neun anderen Negerlein auch glücklich wieder gefunden hat.

Aus Afrika sind die Vorfahren der Negermutter Ada Wright als Sklaven nach Amerika verkauft worden. Die Kinder dieser schwarzen Arbeitermutter rufen nicht nur „Ach und Weh!“. Sie rufen durch Kerkermauern: „Mutter, wir sind alle unschuldig!“ und wehren sich verzweifelt gegen den Hauch amerikanischer Justiz, die Negerknaben zum Tode verurteilt hat, von denen der jüngste zur Zeit des angeblichen Ueberfalles auf Prostituierte zwölf Jahre alt war.

Die wahre Geschichte von der Negermutter Ada Wright, die um das Leben ihrer Kinder kämpft, müssen alle kennen, die sich einreihen wollen in den Kampf gegen die Barbarei kapitalistischer Herrschaftsmethoden. „Der Weg der Frau“, Nr. 6 vom 1. Juni 1932, macht uns mit dem Schicksal einer Negerfamilie bekannt, die kein anderes Verbrechen begangen hat als das, nicht der ausgewählten weißen Rasse anzugehören.

Wenn auch neuerdings durch die Presse die Meldung geht, daß das Verfahren gegen die Verurteilten auf Grund der Proteste wieder aufgenommen werden soll, so dürfen wir uns doch keinen Illusionen hingeben und nicht erlahmen im Kampf gegen das Schandurteil, bis es wirklich aufgehoben ist und das Schicksal dieser unterdrückten Neger auf Grund internationaler Solidarität aller Ausgebeuteten zu einem glücklichen Ende führt! R. W.-G.

## Volkstheater rüstet aufs Dritte Reich

Wir haben vor einigen Tagen auf das seichte Schmierstück hingewiesen, das jetzt in der Berliner Volksbühne aufgeführt wird. Weit größer noch ist ein Skandal, der sich in München abspielt. Dort geht ein Stück rein nationalsozialistischer Tendenz „Friedrich Friesen“ über die Bretter, dessen Verfasser der ehemalige Redakteur des „Völkischen Beobachters“, Herr Stolzing ist. Die

Volkstheater hat das Stück als Pflichtvorstellung für ihre Mitglieder übernommen — um die Parität zu wahren.

Der Drang nach Wahrung der Parität hat die Volksbühne aber nicht gehindert, in letzter Zeit wiederholt antimilitaristische und sozialistische Stücke abzulehnen. Sie nimmt, wie der Münchner Fall beweist, klar Kurs auf das Dritte Reich. Die sozialistische Mitgliedschaft muß sich entschieden zur Wehr setzen!



## Joseph Plaut im Kleinen Theater: Der Raub der Sabinerinnen

Jedes Jahr kehrt der alte Schwank wieder, und immer von neuem lacht das Publikum über die harmlosen Anspruchseligkeiten der Brüder Franz und Paul von Schönthan. Mit der heutigen Zeit und ihren Nöten haben diese vier Akte nichts, aber auch gar nichts zu tun. Bei dieser Aufführung dreht sich alles um Joseph Plaut Emanuel Striese. Gleich bei seinem Erscheinen mit Bußfall begrüßt, enttäuscht er seine treue Gemeinde nicht. Großartig, wie er den sächsischen Dialekt beherrscht! Sein größter Moment ist der Schluß des zweiten Aktes, als er sich durch das Wort „Schmierentheaterdirektor“ im Innersten getroffen fühlt. Da weht, wie es die Verfasser beabsichtigten, mitten im Lustspiel wahre Tragik.

Berthold Reißig als Professor macht eine gute Figur, nur stört sein ewiges Lächeln. Rose Rubner als seine Frau, Liselotte Bennhoff als Dienstmädchen und Heinz Goedecke als Schwiegervater fanden sich vorzüglich mit ihren Rollen ab. Carla Gidt, dessen Frau, spielt trefflich. Barbara Pirk gab den verliebten Backfisch recht natürlich. Ein Talent ist Richard Starnburg als Berliner Störenfried Karl Groß. Den ungeratenen Emil gab Harry Studt etwas zu hölzern. Die nicht schwere Regie lag in den Händen von Wolf Leutheiser. Die Claque arbeitete tüchtig. Dr. Erwin Rosenhain.



## Christliche Erziehung mit Bomben

Im Rundfunk ist jetzt die christliche Erziehungsmethode Trumpf. In einer Jugendstunde wurde über Flugzeugwesen gesprochen, und einer der Redner erklärte dabei: „Leider ist es uns verboten, unsere Versuche mit Bomben auszuführen.“ Nun, Herr Hitler und Herr Papen werden sich schon bemühen, diesen Mangel auszugleichen, und dann wird auch die christliche Erziehung wieder auf der Grundlage von Bomben ausgebaut werden können.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

### 27. Fortsetzung

Einer brüllt wie ein Tier. Zwei, drei Taschenlampen blitzen auf, ein schriller Pfiff, dann ist der Raum wieder taghell erleuchtet. Irgendwo muß ein großer Scheinwerfer stehen. Das Lokal ist auf einmal voll Schupo. Gummiknüppel oder Pistole in der Faust. Hände hoch!

In zwei Minuten ist das Lokal geräumt. Raus mit euch...

Draußen jöhlt ein Klumpen Menschen. Aus den Fenstern Verwünschungen. Aber es geschieht nichts. Und wenn die Menge zu dicht herankommt, gehen ein paar Gummiknüppel hoch und dann weicht der Klumpen schnell zurück.

Hans hat keine Gedanken mehr. Ganz dumpf hämmert es nur immer: Schluß. Schluß. Sie werden auf ein Auto verladen und dann geht die Fahrt los. Da ist der Alexanderplatz und das da der Alex. Der Posten bei der Einfahrt winkt ab. Das Autotuten hört auf, der Lärm bleibt zurück. Im Hofe des Präsidiums ist es ruhig und kühl.

Hans steht mit den anderen in einem kleinen Raum.

Vor ihnen ist ein Schalter, dahinter stehen Menschen. Das geht alles so ruhig und schnell vor sich. Das geht wohl jeden Tag hier so. Name... Wohnung...

... darauf aufmerksam, daß strafbar machen, wenn falsche Angaben... Hans wird nicht falsche Angaben machen... Alles ist einerlei... Es ist Schluß...

„Namen?“

„Hermann Hennig, geb. ... in Altona...“  
Warum das, Hans? Es ist doch alles aus. So geht das nicht... die Fürsorge... alles ist einerlei... Nein, nein, ich heiße nicht so... Hans schreit es in den Raum, daß die Beamten unwillig herübersehen und die Menschen in dem kleinen Raum lächeln gehässig... Mensch, bist wohl doof...

Aber Hans sagt jetzt seinen Namen, seine Adresse richtig. Der Beamte pfeift ihn an, lärt von Anzeigen und Strafe, aber er meint es nicht so, er hat noch nichts eingetragen. Und dann Sachen abgeben, auch die Karte auf den Namen Hennig und dann heraus aus dem kleinen Raum. Treppe hinunter, Baden, ah, wie gut das tut...

In der Zelle sitzen vierzehn oder fünfzehn andere Menschen. Sie stieren vor sich hin oder erzählen. Einer liegt lang am Boden und schläft. Da steht so ein Jüngelchen an der Wand, gepudert und mit rasierten Augenbrauen. So einer... Da sitzen Penner, wie sie Hans kennt, alte und junge. Und zwei gutgekleidete Herren haben sich hierher verirrt. Sie sind in lebhaftem Gespräch und „unerhört, ganz unerhört...“

Ein Gestank ist hier drin. Aber bald merkt man das nicht mehr.

Am andern Tag wird Hans von der Kriminalpolizei vernommen. Alles ist ganz klar. Hans hat nichts zu bestreiten, Hans gesteht alles ein. Und dann war das Geld alle... Der Beamte schreibt alles schön auf und Hans setzt seinen Namen darunter. Hans Schulze. Da steht er wieder, der alte Name...

Ein Beamter kommt und führt Hans wieder zurück. Diesmal in eine Einzelzelle. Hans hat das Wort „Fürsorge“ wohl verstanden, er sitzt eine Stunde über die andere auf seinem Schemel. Wie eng das hier ist. Aber es ist sauber und ruhig. Niemand will was von ihm. Unten fahren keine Autos. Die Zellentür geht auf und geht zu. Essen wird heringebracht. Alles geht kurz und schnell. Los, los... Ein Buch liegt da. Hans kann nicht lesen. Soll er heulen...

Einen Tag sitzt er auf dem harten Schemel und noch einen Tag. Die Tür geht auf, geht zu... Nachts schreit mal einer, daß es

durch das Haus schallt, dann hämmert einer gegen die Tür. Es ist furchtbar...

Wieder geht so ein Tag herum. Die Tür geht auf. Da steht jemand vor ihm... Da ist jemand hereingekommen. Hans läßt den Kopf sinken. Jetzt schämt er sich zum ersten Male vor einem Menschen, der ihm fremd ist.

„Wollen Sie nicht aufstehen“, droht an der Tür der Wachtmeister. Aber Herr Leukel winkt ab. Der Beamte geht fort, läßt sie allein. Eine Weile sagt Herr Leukel nichts und Hans kann nichts sagen. Er steht an der Wand und dann tropft es übers Gesicht. „Tag, Hans“, sagt Herr Leukel. „Schade, Junge, na laß man...“

„Seit wann sind Sie hier?“ fragt er ablenkend und amtlich. „Von auswärts gekommen oder hier festgenommen?“

„Festgenommen...“

Es dauert noch eine Weile, aber Herr Leukel hat Zeit und bleibt fest, er muß alles wissen. Und er erfährt alles. Er weiß nun, wie alles gekommen ist, kommen mußte...

Herr Leukel, Sie müßten mehr Zeit für den einzelnen Menschen haben. Da sitzt wieder so einer, überlegt Herr Leukel und nickt...

Am nächsten Tage kommt er wieder: „Fürsorge, Hans, es hilft nichts. Der Beschluß liegt vor...“

Sie sprechen lange zusammen. Es geht nicht anders. Fürsorge. Der Beschluß ist vom Gericht schon vor Monaten gefaßt. Hans will ja vernünftig sein und er will hier heraus. Die Zellenwände zerdrücken ihn. Die Decke kommt ihm auf den Kopf. Ach, der Kopf ist überhaupt so dumpf und alles ist schwer und dunkel.

Herr Leukel redet ihm zu. Hans hört und verspricht. Von Vater und Mutter wird nicht gesprochen.

Hans kann nicht fragen und wenn Herr Leukel reden würde, wäre es für den Jungen nur schlimm. Er denkt an den Brief in den Akten des Jugendamtes, wo der Vater genau so wie Hans das angenommen hat, von dem Strolch und Verbrecher schreibt, der nicht mehr sein Sohn ist. Soll die Fürsorge mit ihm fertig werden...

Heute weint Hans nicht mehr und als Herr Leukel geht, hat Hans wieder ein bißchen Hoffnung. Hans soll an ihn schreiben, wenn er in der Anstalt ist, sie wollen in Führung bleiben. Vielleicht wird doch noch alles gut. Nein, bestimmt kommt alles in Ordnung, muntert ihn Herr Leukel auf.

Hans ist wieder allein in seiner Zelle. Die Zeit geht so langsam vorbei. Er sitzt hier auf seinem Schemel, im Rücken die Wand, rechts und links Wände. Da oben ist das Fenster mit Gittern. Wenn man so eine Stunde über die andere sitzt, bewegen sich die Wände, fallen übereinander, gehen auseinander.

Es ist so heiß hier... Hans spürt wieder das Hämmern im Kopf und dann sackt er langsam in sich zusammen...

Es ist gut so, denn die Stunden des Wartens gehen schneller vorüber, wenn man ohne Bewußtsein ist. Und als Hans gerade einmal wieder wach ist, kommt der Wachtmeister mit Kalkfaktoren und es gibt Abendbrot.

Auch dieser Abend geht vorüber und die Nacht kommt.

Hans starrt zur Decke und lauscht auf jeden Schritt vor der Tür.

Der Schlaf geht da draußen vorbei und will nicht hereinkommen.

Hans denkt an Orje, an den guten Freund. Alles zieht noch einmal an ihm vorüber. Was hat er vom Leben gehabt? Hans will einmal im D-Zug fahren und die Welt sehen. Hat es sich gelohnt, Hans, war die Welt so schön, daß du nun hier als Verbrecher sitzt? Warum sitzt du hier drin, Hans, und draußen geht das Leben und deine Jugend vorbei? So schaffst du es nicht, Hans...

Die D-Züge fahren immer noch vom Lehrter Bahnhof nach Hamburg. Die Landstraße führt geradeaus, endlos bis in den Himmel.

Vor dem Präsidium sausen die Autos. Es gibt reiche und arme Menschen und jeder muß sich in seine Lage schicken.

Und wenn du das nicht machst, Hans, wirst du immer wieder in einer Zelle liegen. Das Leben aber, das geht draußen weiter.

## Die „SAZ“ bittet um Nachsicht

Infolge des Verbots ist es der „SAZ“ nicht möglich, alle Berichte und Einsendungen lokaler Natur, die in den letzten Tagen bei ihr eingegangen sind, zu veröffentlichen. Eine Anzahl der Einsendungen ist inzwischen verfallen und mußte deshalb dem Papierkorb verfallen, an anderen wiederum sind außerordentliche Kürzungen vorgenommen worden, und dritte hinken etwas hinter den Ereignissen her. Wir bitten, für diese Dinge Verständnis entgegenzubringen, besonders aber bitten wir unsere Berichterstatter, uns nicht böse zu sein, wenn sie eingesandte Berichte heute entweder ganz vermissen oder nur unvollständig wiedergegeben finden.

Schriftleitung der „SAZ“.

## Stuttgart

**Gegen die Kulturreaktion.** In einer sehr stark besuchten Unterbezirkskonferenz des Deutschen Freidenkerverbandes wurde folgende Entschloßung einstimmig angenommen: „Die in Stuttgart tagende Konferenz der Unterbezirke Stuttgart, Eßlingen, Ludwigsburg und Reutlingen erhebt ebenfalls allerschärfsten Protest gegen das brutale Vorgehen der Kulturreaktion gegen die Freidenkerbewegung, insbesondere gegen die erlassene Notverordnung vom 4. Mai und die Ankündigung scharfster Maßnahmen der heutigen Regierung. Die jüngsten politischen Ereignisse, vor allem die Bildung einer diktatorisch-fendalen Regierung der Schwerindustrie, der Großagrarien und der Reichswahrgenerallität, rücken die Gefahr allerschärfsten Kursen der Reaktion gegen die übrigen Freidenkerorganisationen in unmittelbare Nähe. Die Aufrechterhaltung der offenen faschistischen Diktatur wird durch das von Hindenburg ernannte Kabinett Papen-Schleicher in beschleunigtem Tempo vorwärtsgetrieben. Bereits haben die Nazis auch im preußischen Landtag den Antrag gestellt, den DFV aufzulösen. Auch die Regierungserklärung des Papenkabinetts verkündet die allerschärfsten Maßnahmen gegen das „atheistisch-marxistische Denken“, „Herstellung der Reinheit des öffentlichen Lebens“, d. h. Knebelung und Unterdrückung jeder freigeistigen Bewegung. Die Herrschaft der Faschisten bedeutet nicht nur rücksichtslose Vernichtung der Arbeiterorganisationen, sondern vor allem auch des DFV. Deshalb fordert die heutige Unterbezirkskonferenz, daß sich sämtliche Instanzen unserer Organisation mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die breiteste außerparlamentarische Kampffront für Kirchenaustritt, proletarische Geistesfreiheit, gegen Kulturreaktion, Generalsdiktatur und Naziherrschaft hergestellt wird durch Schaffung eines Kampfbündnisses mit den politischen Organisationen SPD, KPD, KPO, SAP, den Gewerkschaften und sonstigen proletarischen Organisationen.“ Zu dieser Entschloßung kam es dank der engen Zusammenarbeit von SAP- und KPO-Genossen. Auf der Konferenz wurde auch Genosse Joachim Löffler (SAP) zum Vorsitzenden des Unterbezirks Reutlingen des DFV gewählt.

## Eßlingen

In einer großen Betriebsrätevollversammlung sprach Genosse Löffler im Sinne der SAP und erhielt den Beifall der Betriebskollegen. SPD-Gewerkschaftsfunktionäre sprachen gegen den Inhalt seiner Ausführungen. Weil ihnen eine Widerlegung nicht gelang, ließ die SPD einen Schmutzartikel mit persönlichen Anrempelungen in der „Eßlinger Volkszeitung“ los, der aber nicht die beabsichtigte Wirkung hatte.

## Karlsruhe

**Gewerkschaftsbürokrate boykottiert SAP.** Der Ortsausschuß Karlsruhe-Durlach-Etlingen des ADGB hatte im Volkshaus eine Kundgebung für Arbeitsbeschaffung. Zugelassen waren nur Delegierte, Gewerkschaftsvorstände sowie Betriebsräte, die auf dem Boden der SPD stehen, außerdem die Landtags- und Stadtratsfraktionen der SPD. Wenn also ein Betriebsrat Mitglied der Gewerkschaft ist, aber die Politik der SD nicht billigt, hat er keinen Zutritt zu Gewerkschaftsveranstaltungen. Erwerbslose, die rund 40% der Mitgliedschaft ausmachen, werden überhaupt nicht berücksichtigt. Für die gibt es nur Unterhaltungsabende mit Würstchen. So glaubt man, sie an die Gewerkschaften fesseln zu können. Der DMV Karlsruhe hat im letzten Geschäftsjahr 1300 Mitglieder verloren, und mit den anderen Verbänden steht es nicht besser. Sollte das den Gewerkschaftsführern nicht zu denken geben? In einer Situation, wo es notwendig wäre, in den Gewerkschaften alle Kräfte zusammenzufassen, um dem Scharfmachertum Widerstand entgegenzusetzen, sind die Gewerkschaftsführer bestrebt, aus den Gewerkschaften SPD-Filialen zu machen. Unsere letzte Parteimitgliederversammlung nahm Stellung zu diesen Fragen und stellte sich hinter folgende Resolution: „Die Mitgliederversammlung der SAP-Ortsgruppe Karlsruhe protestiert gegen die einseitige Einladung des ADGB, Ortsausschuß Karlsruhe, zur Kundgebung für Arbeitsbeschaffung und Nichtzulassung der auf dem Boden der SAP stehenden Betriebsräte.“

## Kassel

**Metallarbeitererwerbslose für Einheitsfront.** In der Erwerbslosenversammlung des DMV entspann sich nach einem Vortrag über Steuerfragen ein lebhaftes, oft sehr hitzige politische Diskussion zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Kollegen. Schließlich verzichteten SAP- und JSK-Kollegen, durch Einbringung einer Entschloßung, die die Verbandsleitung beauftragt, Einheitsfrontverhandlungen mit anderen politischen und gewerk-

# Einheitsfront in Offenburg

Offenburg (Baden), 14. Juni 1932.

Nach zäher Kleinarbeit und Diskussionen mit Genossen der KPD, SPD, Gewerkschaften und Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen war es endlich gelungen, eine größere Anzahl von Mitgliedern der genannten Organisationen zu bewegen, für Sonntag vormittag im Lokal „Zur Michelhalle“ eine Einheitsfrontkonferenz einzuberufen. Die Konferenz war von zirka 75 bis 80 Funktionären besucht. Die Einberufer, alles Funktionäre aus den Betrieben Offenburgs, verstanden es dank ihrer überparteilichen Geschäftsführung, wirklich eine brauchbare Basis zur Fortentwicklung des Arbeiterblocks zu schaffen. An der Diskussion beteiligten sich Genossen der KPD, SAP und Mitglieder der Gewerkschaften sowie auch der Vorsitzende des ADGB. Die SPD hatte sich entschuldigen lassen, da ihr Vorsitzender verhindert sei; trotzdem waren einige SPD-Mitglieder anwesend. Die Aussprache war sehr sachlich, aber scharf. Alle Redner waren sichtlich bemüht, den Einheitsfrontgedanken in den Vordergrund der Aussprache zu stellen. Durchweg kam der Gedanke zum Durchbruch, daß die Arbeiterschaft geschlossen über alle Par-

tschranken hinweg den Kampf gegen ihre Bedrücker unverzüglich aufnehmen muß. Genosse Janz (SAP) brachte den Antrag ein, als Kampfbasis folgende 4 Punkte anzunehmen:

1. Kampf gegen den Faschismus,
2. Kampf gegen jeden Lohnabbau, Kampf für Erhaltung und Ausbau des Tarifrechts,
3. Kampf für Erhaltung und Ausbau der Sozialgesetzgebung,
4. Kampf gegen jeden imperialistischen Krieg.

Der Antrag wurde nach ausgiebiger Debatte einstimmig angenommen. Auf Antrag des Genossen Janz wurden 7 Genossen als vorbereitender Ausschuß gewählt. Zu diesem Ausschuß hinzu treten die Vertreter der Parteien, Gewerkschaften und Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen.

Allen Organisationen wird das Ergebnis dieser Konferenz mitgeteilt, und sie werden aufgefordert, auf der Grundlage der vier Kampfpunkte mitzuarbeiten. Die anwesenden Vertreter der KPD, SAP und des ADGB gaben hierzu ihre grundsätzliche Zustimmung.

## Düsseldorf

**Fest der Arbeit.** Wir weisen an dieser Stelle noch einmal auf das am 19. Juni, 15.30 Uhr, im Schwimstadion Pflingbroich stattfindende Fest der Arbeit (Reichsarbeiter-sporttag) hin. Das Programm besteht aus einem Städtekampf Amsterdam, Gladbach-Rehdyt, Köln, Hannover, Düsseldorf; außerdem Leichtathletik-Massenübungen, Hand- und Fußballspiele, Radreiten. Eintritt für Teilnehmer am Festzug 0,10 RM., für in Arbeit Stehende, die nicht am Festzug teilnehmen, 0,30 RM., für Erwerbslose und Jugendliche 0,20 RM. Wir fordern unsere Parteigenossen auf, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

## Elmshorn

**Euer Hochwohlgeboren . . .** Einem unserer Genossen flatterte eine Einladung auf den Tisch, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten:

Euer Hochwohlgeboren

beehren sich die unterzeichneten Vorstände zu dem am Sonnabend, dem 4. Juni 1932, in Carlslal stattfindenden Begrüßungsabend, als Anlaß der Bezirkstagung des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Bezirksverein Kiel, ergebenst einzuladen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Ortsgruppe Elmshorn.  
Familienverein für die Beamten der Deutschen Reichspost Elmshorn und Umgegend.

Thermählen.

Wir wollen uns mit der einladenden Organisation hier nicht näher befassen und nur feststellen, daß der Unterzeichner 2. Vorsitzender der SPD in Elmshorn, Kreistagsabgeordneter und SPD-Gemeindevertreter in Langelehe ist. Nebenbei gesagt ist er der größte Bekämpfer und Hasser der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Im übrigen spricht wohl die Einladung, insbesondere die Anrede, für sich selbst.

## Köslin

Die Nazis gehören auf die Anklagebank! Im Februar dieses Jahres kam es vor dem Kösliner Arbeitsamt zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern. Erstere waren in ungewöhnlich großer Zahl erschienen, verteilten Propagandamaterial und standen in mehreren Gruppen herum. Zwei Tage vorher hatten sie nach einer Versammlung eine Gruppe von Arbeitern überfallen und mit Zaunlatten, Brechtangern usw. geschlagen. Das hatte sie mutig gemacht, und durch provozierende Redensarten, besonders denen gegenüber, die ihnen ihr Propagandamaterial nicht abnahmen, schafften sie von vornherein eine gereizte Stimmung. Als sie aber dazu übergingen, einer Arbeiter gegenüber tätlich zu werden, riß dessen Geduld, und die Nazis bezogen eine Tracht Prügel. Diese Vorgänge nun beschäftigten die Kösliner Strafkammer. Angeklagte und Staatsanwalt hatten gegen das Urteil in erster Instanz Berufung eingelegt, der Staatsanwalt mit Erfolg. Die Art der Prozeßführung wird treffend beleuchtet durch einen Ausspruch des Vorsitzenden an den Angeklagten Latzke. Letzterer schilderte, wie er von einem Nazi beim Verlassen des Arbeitsamtes einen Schlag erhielt und diesen natürlich erwiderte. Darauf warf der Vorsitzende ein: „Weshalb gingen Sie denn da nicht weiter?“ Wenn die Aussagen der nationalsozialistischen Zeugen allzu sehr im Widerspruch standen, wurde ihnen das Wort schonend in den Mund gelegt. Anders ging es den Entlastungszeugen. Diese mußten es sich gefallen lassen, in ein peinliches Kreuzverhör genommen zu werden. Trotz allem mußte in

der Urteilsbegründung zugegeben werden, daß die Nazis ohne Zweifel sich so bewegt hatten, daß es zu den Zusammenstößen kommen mußte. Wer nun aber glaubt, daß das genügt, die Strafen der ersten Instanz herabzusetzen oder aufzuheben und die schuldigen Nationalsozialisten auf die Anklagebank zu bringen, der irrt sich. Die wichtigsten Dinge in den Aussagen der Nazis wurden in der Fällung des Urteils berücksichtigt, während man die glaubhaften Aussagen der unparteilichen Zeugen ohne jede Berücksichtigung ließ. Das führte dazu, daß bei der Urteilsbegründung auf der Anklagebank heftiger Protest laut wurde, der sich, als der Vorsitzende einschritt, dahin steigerte, daß die Angeklagten demonstrativ den Gerichtssaal verließen und mit ihnen die anwesenden Arbeiter. Die mühsam zusammengestellte Anklage des Staatsanwalts, die in dem Satz gipfelte: „Die Provokationen spielen bei der Urteilsfindung keine Rolle“ hatte denn auch folgenden Erfolg: Latzke statt bisher 7 Monate 9 Monate Gefängnis; Westphal statt bisher 6 Monate 8 Monate Gefängnis; Wiener, bisher freigesprochen, 6 Monate Gefängnis, Münchow und Köpke 6 Monate Gefängnis wie in der ersten Instanz, und Kons statt bisher 6 Monate 4 Monate Gefängnis.

## Greifswald

**Der Deutsche Freidenkerverband** veranstaltete eine Mitgliederversammlung mit Gästen, die gleichzeitig ein Aufklärungs- und Werbeabend für Frauen sein sollte. Genosse Emil Winkler, Schwerin (SAP), hielt ein kulturpolitisches Referat, welches sichtlich Eindruck auf die anwesenden Frauen ausübte. Doch was Genosse Winkler aufbaute, wurde in der darauffolgenden Diskussion schonungslos heruntergerissen. Die KPD glaubte, ihr Parteipöppchen kochen zu müssen. Nachfolgende Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen: „Die im Gewerkschaftshaus zu Greifswald tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenkerverbandes, Ortsgruppe Greifswald, mit Gästen, protestiert gegen die Auflösung des Verbandes proletarischer Freidenker, weil sie darin den Vorstoß der Kulturreaktion gegen die Freidenkerbewegung überhaupt sieht.“

## Zeltz

Eine Mitgliederversammlung der SAP beschäftigte sich nach einem ausgezeichneten Referat des Genossen Agricola über die politische Lage mit der dringenden notwendigen Bildung einer einigen und geschlossenen Abwehrfront gegen die sich mehrenden Ueberfälle und Putschgelüste der Faschisten. Eine Entschloßung, die an alle proletarischen Organisationen gesandt wurde und ein Zusammengehen in dieser ersten Stunde fordert, wurde nach reger Diskussion angenommen.

## Libbesdorf

**Landarbeiter als willige Ausbeutungsobjekte.** Auf der Domäne Libbesdorf (Kreis Dessau) herrschen Zustände, wie sie sonst vielleicht nur noch im Mecklenburgischen zu finden sind. Die Domäne Libbesdorf gehört dem anhaltischen Staat und ist verpachtet an den Domänenpächter Thomas, der in Schlesien auf einem Besitztum wohnt und in Mecklenburg noch ein Eigentumsgut besitzt. Die Domäne Libbesdorf wird von dem Naziinspektor Oellers verwaltet. Sie ist in einem dergartigen Zustande, wie es nicht mehr zu verantworten ist. Die Domäne besteht aus 1400 Morgen. Bei dem früheren Pächter hatten bei denselben Maschinen, die der jetzige Pächter besitzt, 96 Arbeiter und Frauen gearbeitet, Sommer und Winter, bei Herrn Thomas sind 34 Männer und Frauen beschäftigt. Die Pferde sind zum Umfallen. Es wäre gut, wenn sich der Tierschutzverein die Pferde mal ansehen würde. Der Acker ist in einem Zustande, wie er im ganzen Dessauer und Cöthener Kreis nicht zu finden ist. Rüben sieht man vor Unkraut nicht, Kartoffeln stehen in Quecken. Das Vorwerk Lausick, das schon seit 1924 leer steht, wird wohl, wenn es in 10 Jahren abgegeben wird, eine Ruine sein. Die große Feldscheune ist zum Einstürzen. Es kann noch der Fall eintreten, daß bei der Ernte unter der Feldscheune Arbeiter begraben werden. Und

## SAP Bezirk Westfalen-Süd

Sonntag, 19. Juni, 10 Uhr, in Dortmund im Volkshaus I. Kampstraße 88 (Zimmer 2), außerordentlicher Bezirksparteitag.

Tagungsordnung:

1. Die Bedeutung der Reichstagswahl für das Proletariat;
2. Organisation und Finanzierung des Wahlkampfes;
3. Aufstellung der Kandidaten;
4. Verschiedenes.

Die Ortsvereine (Ortsgruppen) entsenden auf je 20 angefangene Mitglieder einen Delegierten. Es können jedoch der Kostenersparnis wegen die Stimmgen einer Ortsgruppe auf einen Delegierten übertragen werden.

Außer den Delegierten hat jedes Mitglied gegen Ausweis (Mitgliedsbuch) Zutritt.

Die Bezirksleitung.

das allen durch die Ausbeutung der Arbeiter und Pferde, die Herr Thomas seit 1924 betreibt. Hier wäre es Pflicht der Regierung Freiberg-Knor, welche Ordnung im Freistaat Anhalt schaffen will, daß sie diesen Zuständen ein Ende bereitet und Herrn Thomas das Gut entzieht.

## Stützerbach

**Saboteure der Einheitsfront.** Die von unseren Genossen eingeleiteten Verhandlungen zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront sind vorläufig an der Engstirnigkeit einiger lokaler KPD-Größen gescheitert oder haben, richtiger gesagt, nur zu einem Teilerfolg geführt. Unsere Ortsgruppe hat immer und immer wieder den Versuch gemacht, die drei Arbeiterparteien zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die Reaktion zusammenzuschließen. Von der SPD und den ihr nahestehenden Organisationen kam überhaupt keine Antwort, die KPD lehnte unter den fadenscheinigsten Vorwänden ab. Nun ist es wenigstens geklärt, die SPD, die SAP und die Freidenker für die am 26. Juni stattfindenden Elternbeiratswahlen unter einen Hut zu bringen. Es ist eine Gemeinschaftsliste aufgestellt worden, in der unsere Genossen an aussichtsreicher Stelle stehen. Wir hatten SPD und KPD den Vorschlag einer dreiteiligen Aktion gemacht. Es sollte erstens eine proletarische Einheitsliste für die Elternbeiratswahlen aufgestellt werden, über die Reihenfolge der Kandidaten sollte das Los entscheiden. Zweitens sollte das nur noch formell bestehende Arbeiter-, Kultur- und Sportkartell in ein proletarisches Einheitskartell umgewandelt werden, sämtliche Arbeiterparteien sollten ihren Beitritt erklären, der Vorstand sollte paritätisch aus Mitgliedern der SPD, KPD, SAP, Freien Turnerschaft, des kommunistischen Turnvereins „Vorwärts“ und des Reichsbanners zusammengesetzt werden, bei der Redner aller drei Parteien sprechen sollten. Ein führender Genosse der SPD stimmte unter dem Vorbehalt, daß die KPD keine Sonderwünsche geltend machen würde, zu. Auch bei dem KPD-Genossen, mit dem wir unterhandelten, fanden wir Sympathien, und wir sind überzeugt, daß dieser kommunistische Unterhändler durchaus ehrlich die proletarische Einheitsfront wollte. Die KPD trat dann zu einer Besprechung zusammen, und am anderen Tage hatten wir die Bescherung. Gegen die Umbildung des Kartells hatten die Kommunisten im allgemeinen nichts einzuwenden, da sie von dieser Organisation augenscheinlich besondere Vorteile für ihre Partei erhoffen, dagegen lehnten sie die gemeinschaftliche Kundgebung ohne Angabe von Gründen ab. Das Tollste aber war, daß sie fix und fertig eine Liste für die Elternbeiratswahlen präsentierten, von deren Annahme sie die gemeinschaftliche Aktion der Stützerbacher Arbeiterschaft abhängig machten. Unsere Genossen waren zu weitestgehendem Entgegenkommen bereit, ließen aber darauf hinweisen, daß die Zusammensetzung der Kandidatenliste nur Gegenstand von Verhandlungen sein könne, bei denen das Prinzip der Gleichberechtigung gewahrt bleiben müsse. Wir luden die Kommunisten zu einer gemeinschaftlichen Besprechung mit den Sozialdemokraten und Freidenkern ein, um die letzten Hemmnisse zu einer Verständigung aus dem Wege zu räumen. Wer aber nicht kam, das waren die Kommunisten. Im letzten Augenblick kam noch eine „wichtige“ Funktionärskonferenz dazwischen, so daß die kommunistischen Unterhändler nicht erscheinen konnten. Wenn das keine Sabotage der Einheitsfront ist, dann hat es nie eine gegeben. Durch diese Handlungsweise der KPD wurden nun auch die SPD-Genossen aufässig und zeigten ihrerseits nicht die geringste Neigung, das Arbeiter-Kultur- und Sportkartell wieder in Funktion zu setzen, so daß die Bildung der Einheitsfront wieder einmal ins Stocken geraten ist. Ein Schritt ist aber immerhin schon getan durch die gemeinschaftliche Liste zu den Elternbeiratswahlen, die den Namen „Gemeinschaftsliste Sozialistischer Schulaufbau“ führt und der alle klassenbewußten und verständigungsbereiten Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Siege verhelfen müssen.

## Organisationsnachrichten

SAP Hamburg, Stadtteil St. Georg N. u. S.: Mitgliederversammlung Mittwoch, 15. Juni, im Volkshaus, Sachsenstraße. Aktueller politischer Diskussionsabend. Referent: Genosse Leon Cohn. Beginn 20 Uhr.

SAP Stettin: Im Keller, Klosterhof 27/28; Mittwoch, 15. Juni, 20 Uhr, Bildungsabend. Freitag, 17. Juni, 10 Uhr: Wie schaffen wir die rote Einheitsfront? (Gen Cohn.)

SJV Döllsch: Freitag, 17. Juni: Innen- und außenpolitische Probleme der Gegenwart. Referent: Genosse Franz Jahn, Leipzig. 20 Uhr Jugendheim.



# Was die Woche brachte

## Widerstand der süddeutschen Länder

Das neue Uebergangskabinet Papen stößt auf Widerstände, die es wohl nicht vorausgesehen hat und deren Ueberwindung ihm wohl noch manche Kopfschmerzen bereiten wird. Die „Opposition“ von Sozialdemokraten und Zentrum wird es allerdings nicht zu furchten brauchen, da sie sich in rein parlamentarischen Bahnen bewegt. Machen sich doch Kreise der bürgerlichen Mitte heute Gedanken darüber, ob Brüning als „Führer der Opposition“ auf der vordersten Bank der Zentrumsitze im Reichstag Platz nehmen wird oder nicht. Das sind schon Sorgen. Aber ernsthaft sind die Schwierigkeiten, die von den süddeutschen Ländern ausgehen.

Papen hatte den Plan, durch die Einsetzung eines Regierungskommissars an die Spitze Preußens seine reale Machtbasis zu erweitern und gleichzeitig zu verhindern, daß die Nationalsozialisten ihm auf dem Weg über Preußen völlig über den Kopf wachsen. Das Wesen des Papen-Kabinetts, die Nationalsozialisten auszunutzen für brutale Unterdrückung der Arbeiterschaft, die Staatsgewalt ihnen aber nicht auszuliefern, sondern fest in den Händen der Junker und des Chemiekapitals zu halten, hat in den Augen seiner Träger noch immer nicht seinen provisorischen Charakter enthüllt. Papen verfolgte sein Ziel in Preußen mit dem Versuch, sich auf die süddeutschen Länder gegen Preußen zu stützen. Er berief deshalb am Sonnabend, den 11. Juni eine Konferenz der Länder, auf der er mit den Süddeutschen unter Ausschluß Preußens die entscheidende Frage lösen wollte. Die süddeutschen Staaten aber machten ihm einen Strich durch diese Rechnung und erzwangen die Eingliederung der preußischen Vertreter in die entscheidende Verhandlung, die daraufhin ohne den von Papen gewünschten Erfolg verlief. Die Regierungs- und die Spitze der „Deutsche Allgemeine Zeitung“, tobt darüber. Die „DAZ“ spricht von einem „geradezu unverantwortlichen“ Vorgehen der Bayern und von einem „Kampf der Südstaaten gegen die Reichsregierung.“

Der bayerische Ministerpräsident Held soll sogar in einer Besprechung am Sonntag dem Reichskanzler erklärt haben, ein Reichskommissar für Bayern habe in dem Augenblick, wo er die Grenze überschreitet, mit seiner Verhaftung zu rechnen. Ein weiterer Angriff der Süddeutschen am Sonnabend richtete sich gegen die Währungs- und die Regierungspolitik. Es wurde mitgeteilt, daß in Süddeutschland bereits ein Sturm auf die Sparkassen stattgefunden habe.

## Der Rundfunk den Nazis

Inzwischen werden auch die Nazis immer dringender. Hitler, der bekanntlich von Papen sofort das Recht zur Parteipropaganda im Rundfunk verlangt und erhalten hat, spricht nicht selbst. Er läßt sein Manuskript nicht vorher korrigieren und wartet auf die Stunde, wo er die Rundfunkmanuskripte der anderen korrigiert. Bis dahin kann Strasser reden. Ein deutliches Zeichen, daß die Nationalsozialisten sich ihre vorläufige Tolerierung des Papen-Kabinetts nicht so billig abkaufen lassen, wie die Sozialdemokratie die Tolerierung jenes Kabinetts, das Papen den Weg bereitete. Sie werden fordern und ihre Forderungen nach jeder Erfüllung steigern. Wohin das führt, ist klar: an die Stelle, wo Papen zur Kapitulation vor den Nazis oder zur Auseinandersetzung mit ihnen gezwungen wird.

Einstweilen allerdings hat die Regierung selbst den Rundfunk, rücksichtslos selbst, als man es bisher gewohnt war, in ihren Dienst gestellt. Sie hat für jeden Tag eine Stunde auf sämtlichen deutschen Sendern für Propagandareden der Reichsregierung beschlaggenommen. — Sie scheint das nötig zu haben.

## Partei-Gründungen en gros

Die sogenannten bürgerlichen Parteien der Mitte machen verzweifelte Anstrengungen, aus der hoffnungslosen Situation, in der sie sich befinden, einen Ausweg zu suchen. In Gießen hat Prof. Horneffer mit einer Gruppe Wirtschaftsparteiler eine neue Sozialliberale Partei gegründet, die sich den Kampf gegen den Sozialismus in jeder Form zum Programm macht.

In Anhalt hat sich der dortige Bezirk der Deutschen Volkspartei als Nationalliberale Partei selbständig gemacht.

Ferner wird die Gründung einer neuen Mittelpartei geplant. Urheber dieses Gedankens sind Dr. Solf, der frühere deutsche Botschafter in Japan; Dr. Jarras, Hinderburgs Platzhalter im ersten Präsidentenwahlkampf

1925; Dr. Eckener, vor dessen Namen alle deutschen Herzen höher schlagen; Geheimrat Wildhagen, Leipzig, Vorsitzender des Anwaltsvereins beim Reichsgericht, der kürzlich in einer offiziellen Rede auf dem Deutschen Juristentag die Rache an Frankreich forderte, als Scharfmacher bekannt; und schließlich der Ehrenpräsident der Handwerks- und Gewerbetkammer Plate. Den von der Geschichte zerbrienen deutschen Liberalismus werden auch sie nicht retten können.

## Elserne Front im nationalen Wettlauf

Die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner haben noch immer nicht begriffen — und ihre Führung wird es wohl auch nie begreifen — daß heute die zentrale Aufgabe aller proletarischen Organisationen ist, eine im außerparlamentarischen Abwehrkampf einheitlich operierende antifaschistische Proletarierfront zu schaffen. Herr Hölttermann schmetterte im hessischen Wahlkampf in Darmstadt den folgenden Satz als den Inbegriff seiner politischen Weisheit heraus:

„Wenn das eine Regierung der nationalen Konzentration sein soll, so sind wir in der einern Front die wahrhaft nationale Opposition.“

In dieser Situation den Wettlauf mit Papen und Hitler um den Grad der nationalen Zuverlässigkeit fortzusetzen, statt den Klassengegensatz herauszuarbeiten, den Klassenwiderstand mit aller Kraft zu stärken — das ist politisches Verbrechen.

## Die Regierung stellt sich vor

Die Reichsregierung hat im Laufe der letzten Woche zwei große programmatische Reden halten lassen. Am Donnerstag sprach der Innenminister von Gayl vor dem Reichsrat, am Sonnabend der Reichskanzler von Papen im Deutschen Landwirtschaftsrat. Papen kündigte noch einmal eine „grundsätzlich neue Linie der Staatsführung“ als seine Aufgabe an. Wie dieser grundsätzlich neue Kurs aussieht, hat er dann noch einmal deutlich gesagt. Auf allen Gebieten fast sei „die Lage verzweifelt“, und infolgedessen müßten „schwere persönliche Opfer, Entzagen und Entbehrungen“ dem Volke auferlegt werden. Was das heißt, ist klar. Gleich darauf aber verwahrt sich Herr

von Papen gegen „die Unterstellung, daß die Haltung der Regierung unsozial sei.“ — Der deutlichste Kommentar zu dieser „Verwahrung“ des Herrn Papen ist die Notverordnung.

Herr von Gayl kündigte, wenn auch in sehr vorsichtigen Wendungen, eine Verfassungsreform an. Wenn er einmal sagt, daß er „pflichtgemäß“ der Hüter der Weimarer Verfassung sei und dann als seine „persönliche, in langen Jahren selbst erworbene Ueberzeugung“ erklärt, daß „die Monarchie die angemessenste Staatsform“ für Deutschland sei, und daß er sich stets „dankbar bewußt“ sei „der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses“ — dann genügt das wohl. Hier „pflichtgemäß“ — dort das Herz. Was spielt es demgegenüber für eine Rolle, wenn er hinzufügt, daß die Frage der Staatsform gegenwärtig gar nicht aktuell wäre. — Der Kurs ist klar.

## Sie fühlen sich als Staatsmiliz

In Holzminden in Braunschweig wurde am Sonnabend die Polizei, die von Übungen heimkehrte, von der SA mit Faschistengruß empfangen und unter Heilrufen auf Hitler bis zur Kaserne begleitet. Die SA fühlt sich schon als neue Staatsmiliz. Unterstrichen wird das durch die Neueinkleidung der SA-Truppen, die gegenüber der bisherigen Uniform eine engere Anlehnung an die Reichwehruniform bringt. Wenn in Hugenbergs „Nachtausgabe“ ferner mitgeteilt wird, daß die SS außer Dienst eine schwarze Hose mit langen Biesen tragen werde, so ist das auch bezeichnend. Uniform nicht nur bei Aufmärschen und Zusammenkünften der Hitlerschen Privatarmee, sondern auch außer „Dienst“ — das ist vielleicht das charakteristischste Zeichen für die Einschätzung der Lage und die Absichten der Hitlerschen Privatarmee, das Hinsteuern auf den staatlichen Charakter der Verbände.

## Widerstandswille bei den christlichen Arbeitern

Die christl. Gewerkschaften haben auf einer Groß-Berliner Vertrauensmännerversammlung am Donnerstag erklärt, daß „die Pläne der Reaktion nur abgewehrt werden können, wenn die Arbeitermassen ihre Interessen aktiv verteidigen“. Durchaus richtig. Aber es fragt sich da, was unter Aktivität verstanden

wird. Die Zentrums-„Opposition“ im Reichstag ist nicht die Aktivität der Arbeitermassen. Wenn aber so etwas auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften gesagt wird, dann ist es ein Zeichen dafür, wie stark der Wille zu wirklicher außerparlamentarischer Aktivität auch bereits in den Reihen der christlichen Arbeiter verwurzelt ist. Es wird die Aufgabe der Genossen der Sozialistischen Arbeiterpartei sein, überall, wo sie solche Strömungen finden, an sie anzuknüpfen und die christlichen Arbeiter in die aktive antifaschistische Klassenfront nach Möglichkeit einzureihen.

## KPD-Beschluß gegen Putschaktionen

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ist inzwischen deutlich abgerückt von den provokatorischen Putsch- und Plünderungsplänen, die der Kommunistischen Partei von bürgerlicher Seite unterstellt wurden. Hoffentlich hat die Zentrale aber auch die Kraft, sich gegenüber solchen von Spitzein geschätzten, aber durch die Politik der KPD-Leitung unbewußt geförderten Strömungen in der KPD durchzusetzen.

## Zentrumskurs auf Papen

Wie die „Opposition“ des Zentrums gegen die Papen-Regierung aussieht, zeigte deutlich die Sitzung des Zentrumspartei-Vorstandes am Mittwoch. Dort erklärte Joss, so etwas wie ein linker Flügelmann, als das Ziel des Zentrums, daß „Deutschland ein Staat werde in christlichem und deutschem Sinne“ und daß zum „Ausgangspunkt“ der weiteren Entwicklung werden müßten „Ordnung und Freiheit auf der Grundlage der Volkskräfte und in der Autorität Gottes“. Ungefähr so sagen Herr von Papen und Herr von Gayl es auch. Aus diesen Worten des Zentrums spricht weniger das Bedürfnis einer Abgrenzung gegen die Papen-Regierung als vielmehr das Bedürfnis, sich als deren — gewiß nicht unreason gelieferte — Stütze in Erinnerung zu bringen für den Fall, daß Herr Papen die Nazis doch zu sehr auf die Nerven fallen.

## Regierungsnöte in Bayern

In Bayern ist noch immer keine neue Regierung zustande gekommen. Die Absicht der Bayerischen Volkspartei, eine von den Parteien angeblich unabhängige Persönlichkeitsregierung — Muster Papen — zu bilden, ist bisher am Widerstand von Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gescheitert.

## Ein Provokateur und Schwindler

Der frühere hessische Naziabgeordnete Buttler ist jetzt als Provokateur und Schwindler entlarvt worden. Er hatte sich selbst einen Schuß beigebracht und dann behauptet, er sei von Reichsbanner angefallen worden. Der Schwindel wurde aufgedeckt und Buttler wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er wird noch eine ganze Anzahl solcher Fälle geben, die dann prompt im „Völkischen Beobachter“ unter der Ueberschrift „Rot-Mord“ erscheinen.

## Karl Moor gestorben

Ein alter Vorkämpfer des Sozialismus, Karl Moor, ist hochbetagt am 13. Juni in Berlin gestorben. Moor entstammte einer reichen Wiener Familie und fand schon in jungen Jahren den Weg zum Sozialismus. In der Hauptsache wirkte er in der Schweiz, wo er zu den Gründern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehörte. Im Jahre 1918 schloß sich Moor der Kommunistischen Partei an. Er weilte mehrere Jahre in Rußland und siedelte später nach Berlin über. Der Kommunistischen Partei gehörte er in den letzten Jahren nicht mehr an. Moor erreichte ein Alter von achtzig Jahren.

## Generalstreik in Argentinien?

TU. Buenos Aires, 14. Juni 1932

Die Arbeitergewerkschaft beschloß am Montag einen 24stündigen Generalstreik, der am heutigen Dienstag beginnen soll. Die Gewerkschaft hofft, für die Dauer des Streiks den Verkehr im ganzen Lande lahmlegen zu können. Als Grund für den Streik wird das langsame Arbeiten der Behörden in der Provinz Buenos Aires bei der Beilegung von Arbeits- und Lohnstreitigkeiten angegeben.

Der letzte Teil der Meldung erscheint völlig unwahrscheinlich. Es dürften ganz andere Gründe sein, die die Arbeiterschaft veranlassen, zu ihrer schärfsten Kampfswaffe zu greifen.

# Nazi- und SPD-Parlamentarismus

Der nationalsozialistische preußische Landtagspräsident Kerl hat den deutschen „Republikanern“ — wie sie sich immer stolz nennen — Anschauungsunterricht gegeben, wie man parlamentarische Institutionen und Positionen zur Verstärkung der eigenen Machtbasis im Volke ausnutzen kann, während die Herren Republikaner bisher nur verstanden haben, diese Positionen zu ihrer eigenen Diskreditierung im Volke zu benutzen. Papen hatte sich wegen der Einberufung des Landtages nicht an die geschäftsführende preußische Regierung gewandt, wie das bisher üblich war, sondern an den Nazi Kerl. Die preußische Regierung hat dagegen protestiert. Kerl schrieb daraufhin einen groben Brief an die preußische Regierung, in dem folgender bezeichnender Absatz steht:

„Weiter ist der geschäftsführende Ministerpräsident, wie ich ebenfalls nur aus der Presse ersehe, abwesend, ohne daß man festgestellt hat, wo er sich zurzeit aufhält. Der geschäftsführende Ministerpräsident hat es nicht für nötig gehalten, mir irgendeine Nachricht über seine Abwesenheit zugehen zu lassen, obwohl nach den Gepflogenheiten und der Geschäftsordnung des Landtages jeden Urlaub eines Abgeordneten bis zu einer Woche der Präsident und darüber hinaus der Landtag zu erteilen hat.“

Hätten die sozialdemokratischen Parlaments-Machtpositionen jemals so die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung gewahrt, wie es hier in demagogischer Absicht und gewiß nicht aus Parlamentsfreundlichkeit der Nazi-Präsident tut, so hätte sich noch in letzter Minute vom Parlament aus der außerparlamentarische Widerstand gegen den faschistischen Kurs entfesseln lassen. Es war die Pflicht Löbes, die verfassungswidrige Auflösung des Reichstages mit dessen sofortiger Einberufung zu beantworten, statt feige vor der Auflösungsorder zu kapitulieren. Aber die klare Erkenntnis, daß die Konsequenz eines solchen Schrittes das

## Hinaustragen der Abwehraktion aus dem Parlament ins Proletariat

sein mußte, dürfte ausschlaggebend für die Kapitulation der SPD gewesen sein, die die Revolution mehr haßt als selbst das Papen-Regime.

So hat die SPD die letzte Chance, die sich von dieser Seite bot, verpaßt und ist damit nicht einmal zum Führer der nur-parlamentarischen Oppositionsbewegung geworden. Diese hat vielmehr Herr Brüning an sich gerissen, indem er — gewiß ein ungewöhnlicher Akt — im Namen der zurückgetretenen Regierung eine Gegenerklärung gegen die Papensche Regierungserklärung abgegeben hat.

Herr Brüning nun als den Vorkämpfer des Widerstandes gegen die Papen-Regierung anzusehen, wäre natürlich grotesk. Wenn auch das Zentrum parlamentarisch gesehen ungleich mehr Mut zeigt als die SPD, so wird es selbstverständlich genau wie diese vor dem notwendigen Umschlag auch eines parlamentarischen Widerstandes in den außerparlamentarischen revolutionären Kampf bedingungslos zurückweichen. Sein Ziel ist letzten Endes nicht der wirkliche Widerstand gegen den Faschismus, — weil er der Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutergesellschaft ist — sondern die Wiedereroberung seiner bisherigen ausschlaggebenden Stellung im Unterdrückungsapparat der deutschen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse.

## Hitler und Göring beim Reichskanzler

Am Montag empfing der Reichskanzler Adolf Hitler und den Abgeordneten Göring. In der Unterredung wurde die Frage der neuen Notverordnung über die Aufhebung des SA-Verbots, sowie die Frage des Arbeitsdienstes erörtert.

# Wichtige Gewerkschaftsvorgänge

## Während des Verbots der SAZ

Die gegenwärtigen Ereignisse auf wirtschaftlich-gewerkschaftlichem Gebiet werden überschattet von den angekündigten Notverordnungs-Maßnahmen der Papen-Regierung gegen die Sozialversicherung und gegen das Tarifrecht. Rund eine halbe Milliarde (in Wirklichkeit wahrscheinlich noch viel mehr) soll erneut den Arbeitslosen, Kranken und Sozialrentnern geraubt werden durch eine brutale Kürzung und Streichung aller Unterstützungs- und Rentenfürsorge. Dabei entlarven sich die Nazis als das, was sie immer waren, als die skrupellosen und bezahlten Kapitalabnehmer. Sie, die gegenüber dem Unterdrückungsraub der Brüning-Regierung demagogisch Opposition machten und die Aufhebung aller Notverordnungen verlangten, wobei sie den Sozialrentnern und Arbeitslosen große Versprechungen für eine Verbesserung ihrer Lage unter einer Naziherrschaft machten, verteidigen jetzt den allerschlimmsten Raub an den Ärmsten der Armen, nur weil er nicht von Brüning, sondern von der unter ihrer Fuchtel stehenden Papen-Regierung ausgeht.

Wie verlautet und bisher auch von keiner Regierungsstelle bestritten wird, soll die Zerschlagung des Tarifrechts mit einer Verordnung über Aufhebung der Verbindlichkeitserklärungen von Schiedssprüchen beginnen. Schluß mit Verbindlichkeitserklärungen und Zwangsschlichtungen! Muß sich nicht jeder Arbeiter darüber freuen? Ja, wenn das durch Gewerkschaften und Arbeiterklasse selbst erzwungen wäre, wenn damit dem direkten und uneingeschränkten Klassenkampf die Bahn freigemacht würde. Aber es handelt sich bei der Papen-Regierung um das Gegenteil. Sie will damit das gesamte Tarifrecht zerschlagen und beginnt aus demagogischen Gründen bei der auch bei der Arbeiterschaft verhaßten Verbindlichkeitserklärung. Das von der Papen-Regierung vertretene Großkapital glaubt die Zeit für gekommen, jetzt ohne Tarife und ohne Schlichter, mit Hilfe des Massenterrors der Nazis die Arbeiter durch direkte Diktatur im Betrieb noch besser niedertrampeln zu können. Kein Arbeiter darf daher sich verheilen lassen, etwa die von Papen geplante Maßnahme zu begrüßen. Selbstverständlich fordern wir dagegen nicht Beibehaltung oder gar Wiedereinführung der Zwangsschlichtung. Die Antwort der Arbeiter auf den Anschlag der Papen-Regierung muß vielmehr sein: Durchsetzung des direkten Massenkampfes gegen jeden Lohnraub, für uneingeschränktes Streikrecht, Verteidigung des Tarifrechts, Abschluß von Tarifen auf Grund direkter Abmachungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmer mit der gesetzlichen Zwangsverpflichtung für die Unternehmer, die tariflich festgesetzten Löhne zu bezahlen.

Im Gemeindefunktionärkonflikt ist es dem Finanzministerium und den Kommunalverwaltungen mit Unterstützung der Führung des Gesamtverbandes gelungen, die einheitliche Abwehrfront der 300 000 Gemeindefunktionäre zu zerschlagen und so den Lohnabbau durch Einzelverhandlungen in 28 Tarifgebieten im Reich durchzusetzen, und zwar ist zur Stunde der Plan noch nicht überall durchgeführt, aber es liegen schon in fast allen Bezirken Vereinbarungen oder Schiedssprüche vor, die durchweg einen gewaltigen Lohnabbau vorsehen.

In dem Berliner Städtischen Elektrizitätswerk (Bewag) ist der Manteltarif mit einer Reihe von Verschlechterungen speziell durch Kürzung der Zuschläge für Feiertagsarbeit verlängert worden. Ein neuer Lohnstarif sieht für die Arbeiter einen Abbau von drei Pfennig pro Stunde, für die Frauen dagegen eine weit darüber hinausgehende Lohnreduzierung vor.

Der Baugewerksbund hat ähnlich wie der Verband der Bergbauindustriearbeiter jetzt unter dem Druck der Verhältnisse auch der alten Oppositionsforderung Rechnung tragen müssen und beschlossen, daß in Zukunft auch arbeitslose Bauarbeiter und arbeitslose Jugendliche, die gewillt sind, im Baugewerbe zu arbeiten, in den Verband aufgenommen werden. Allerdings will der Baugewerksbund diese neugewonnenen Arbeitslosen nur als Mitglieder zweiter Klasse behandeln, denn es wird gesagt, daß diese Kollegen mit dem Augenblick, wo sie in Arbeit treten, zu vollberechtigten Mitgliedern werden. Wenn auch nicht verlangt werden kann, daß der Verband an die neuaufgenommenen Arbeitslosen Unterstützung bezahlt, so muß doch durchgesetzt werden, daß sie in Verbandsversammlungen, bei Verbandsahlen usw. als vollwertige Mitglieder gelten.

Auch der ADGB-Vorstand scheint so langsam zu begreifen, daß seine passive Politik gegenüber den Erwerbslosen nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Er hat ein Rundschreiben herausgegeben, worin er von den einzelnen Gewerkschaften verlangt, daß an den Arbeitsnachweisen gewerkschaftliche Arbeitslosenausschüsse gebildet werden sollen. Diese Maßnahme ist nur zu begrüßen, aber es muß

gefordert und durchgesetzt werden, daß diese Arbeitslosenausschüsse von den Arbeitslosen selbst gewählt werden und daß sie als vollwertige Gewerkschaftsfunktionäre mit Sitz und Stimme in allen Verbandskörperschaften gelten. Es ist Aufgabe unserer Genossen, überall dafür zu kämpfen, daß in diese Ausschüsse wirklich klassenbewußte, rückgratfeste Kollegen hineinkommen und daß unter ihrer Leitung die Massen der Arbeitslosen zu großen Kampfaktionen geführt werden.

Im Berliner Industrieverband für das Baugewerbe (IVföB) hat die RGO einen „Stieg“ errungen. Es ist ihr mit Hilfe ihrer in der „SAZ“ vom 5. Juni beschriebenen Methoden gelungen, auf der Berliner Generalversammlung die Mehrheit zu bekommen. Sie hat diese Mehrheit sofort gründlich im Sinne der völligen Zerschlagung des IVföB ausgenutzt. Der Ausschluß gegen die wegen Verbandszerstückelung aus der Organisation entfernten Mitglieder wurde zurückgenommen, dagegen wurde ein Ausschlußantrag gegen den Verbandsvorsitzenden Schiele angenommen. Gelingt es den Mitgliedern des IVföB nicht noch in letzter Stunde und besonders auf dem demnächst stattfindenden Verbandstag, die Anschläge der RGO abzuwehren, dann ist die völlige Zerschlagung dieser Organisation perfekt. Der RGO-Einheitsverband der Bauarbeiter wird davon wenig Nutzen haben. Die große Mehrheit der IVföB-Mitglieder wird zum reformistischen Verband zurückkehren oder indifferent werden. Ein neuer Beweis, daß die RGO nur eine gewerkschaftszerstörende, aber keine aufbauende Kraft ist.

Die Betriebsratswahl bei Ullstein, dem größten Druckereibetrieb in Berlin, hat mit einer schweren Niederlage der RGO geendet. Von 2835 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der freien Gewerkschaften, die nur von SPD-Mitgliedern besetzt ist, 1702 Stimmen, die Stimmzahl der RGO ging von 1544 im vorigen Jahr auf 1102 Stimmen zurück. Die

## Die Massen fordern die wirkliche Einheitsfront

In einer von etwa 200 Funktionären besuchten Versammlung der Berliner Elektrizitätswerke (Bewag) am 7. Juni wurde einstimmig eine Resolution angenommen, deren wichtigster Teil lautet:

„Die versammelten Funktionäre beauftragen die anwesenden Gewerkschaftsvertreter vom ZdA, Butab, Werkmeisterverband und Gesamtverband, die Spitzenverbände umgehend zu veranlassen, eine Plattform auszuarbeiten, für die

Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks SPD-KPD

bzw. Listenverbindung. Tausende Funktionäre und Millionen Arbeiter und Angestellte erwarten in den Stunden der höchsten Gefahr für den Fortbestand der Arbeiterbewegung nach jahrelangen Fehlern auf allen Seiten — endlich Besinnung! Schafft die Begeisterungswelle, auf die Zehntausende von Funktionären warten, um mit unwiderstehlicher Kühnheit den gemeinsamen Feind der Arbeiterbewegung, den Faschismus, für immer zu schlagen! Diese Entschliebung ist auch dem Vorstand der SPD und dem ZK der KPD zuzuleiten.“

Dieser und ähnliche Beschlüsse in andern Betrieben werden spontan von Arbeitern der verschiedenen Richtungen benützt zu einer Unterschriftensammlung, durch die der ADGB und die Leitungen der SPD und KPD veranlaßt werden sollen, konkrete Schritte für ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeiterschichten und Organisationen gegen den Faschismus bei den Wahlen einzuleiten. Der hier gemachte Vorschlag ist zwar etwas unklar und wird sich in der Form auch nicht verwirklichen lassen. Aber richtig und gut ist, daß die Arbeiter der verschiedenen Richtungen gemeinsam auftreten und gegenüber den Partei- und Gewerkschaftsleitungen die sofortige Herstellung der geschlossenen proletarischen Klassenfront erzwingen. Das ist ein höchst erfreuliches Zeichen, es entspricht dem, was wir stets propagieren. Wenn es auch nicht möglich sein wird, ja sogar utopisch, generell gemeinsame Wahllisten aller 2. weiterparteien in den einzelnen Bezirken aufzustellen, so wäre es doch möglich und erstrebenswert, als äußeres Zeichen der einheitlichen Klassenfront eine einheitliche Reichsliste für die Reststimmen aller Arbeiterparteien aufzustellen. Sofort möglich und durchführbar sind ganz bestimmte Abmachungen für ge-

Reformisten gewinnen rund 200, während die RGO 442 Stimmen verliert. Diese Abstimmung zeigt aber noch nicht die ganze Niederlage und Schädlichkeit der RGO. Vor Jahren war der Ullsteinbetrieb schon eine SPD-Hochburg. Durch richtiges und systematisches Arbeiten innerhalb der Gewerkschaft und durch Kampf um die Besetzung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte gelang es in den Jahren 1927 bis 1930 der Opposition eine immer stärkere Mehrheit im Betriebsrat zu bekommen. 1930 waren von 20 Betriebsratsmitgliedern nur vier SPD- und 16 kommunistische Kollegen. Dann erzwang die KPD-Führung die Aufstellung einer eigenen RGO-Liste, was dazu führte, daß die „roten“ Betriebsräte aus dem Verband ausgeschlossen wurden und bei der Wahl 1931 die freigewerkschaftliche, nur von der SPD besetzte Liste die Hälfte der Betriebsratsmitglieder bekam. Jetzt hat sie Zweidrittel aller Sitze bekommen und damit dank der unsinnigen RGO-Taktik die Opposition in völlige Einflußlosigkeit drängen können.

Der Berliner Klempnerstreik geht unverändert weiter. Der Schlichter hatte einen Schiedsspruch gefällt, wonach der Stundenlohn von 1,35 M. auf 1,06 M. herabgesetzt werden soll. Dieser Schiedsspruch ist von den Streikenden einstimmig abgelehnt worden.

Für die zu 90 Proz. im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Vergolder und Rahmenmacher in Berlin wurde ein Schiedsspruch mit zehn Prozent Lohnabbau gefällt. Entgegen den Bestrebungen der Verbandsangestellten beschloß eine Brancherversammlung am 6. Juni fast einstimmig die Ablehnung des Schiedsspruches und die sofortige Vorbereitung des Streiks. In jedem Betrieb soll sofort ein Streikauschuß gewählt werden.

In der Berliner Druckerei von H. S. Hermann, in der u. a. auch der „Börsencourier“ gedruckt wird, kam es zu einem Streik gegen den von der Firma verlangten Abbau der übertariflichen Löhne um 50 Prozent. Der Kampf wurde mit einem Teilerfolg beendet. Ubertarifliche Löhne von 4 M. und darunter bleiben von jedem Abbau befreit, darüber hinausgehende übertarifliche Löhne sollen einen bedeutend geringeren Abzug als die Firma vorgesehen hatte, erfahren.

meinsamen proletarischen Versammlungs- und Saalschutz gegen Naziterror, weitgehende Zurückstellung bzw. streng sachliche Austragung der Gegensätze unter den einzelnen Arbeiterparteien und in Vordergrundstellen des gemeinsamen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus.

## Eine skandalöse Tarifvereinbarung

Im Tarif- und Lohnstreit im mecklenburgischen Holzgewerbe war durch den Schlichter der Nordmark, Dr. Stenzel-Hamburg, am 14. Mai ein Schiedsspruch gefällt worden. Dieser Schiedsspruch ist nunmehr nach Ablauf der vorgesehenen Erklärungsfrist durch die beteiligten Verbände, den Tischler-Innungsverband beider Mecklenburg und den Deutschen Holzarbeiterverband, Gau Stettin, angenommen worden. Durch den Schiedsspruch wird der Spitzenlohn im Holzgewerbe auf 82 Pf. festgesetzt. Für das Jahr 1932 ist nur die Hälfte des tarifmäßigen Ferienanspruches zu gewähren. Weiter werden eine Neustaffelung und Neugruppierung des Ortsklassenverzeichnisses, eine Neuregelung der Bestimmungen betr. Nachtarbeit und Montagesätze sowie eine besondere Regelung des Lohnes, der durch Arbeitslosigkeit minderleistungsfähig gewordenen jüngeren Arbeitnehmer getroffen. Außerdem enthält der Schiedsspruch eine Bestimmung, welche die Arbeitgeber zur fristlosen Entlassung von Schwarzarbeitern berechtigt. Die von den Arbeitnehmern geforderte tarifliche Regelung des Lehrverhältnisses ist abgelehnt worden.

Wird schon durch das Versagen und den Bankrott der reformistischen Gewerkschaftsführung direkt die Tatsache charakterisiert, daß heute überhaupt derartige Schiedssprüche gefällt werden können, so ist es einfach ein Skandal, daß die Gewerkschaftsführer diesem Lohn- und Urlaubsraub in Form einer Vereinbarung freiwillig zustimmen. Das reformistische Argument, daß bei der großen Arbeitslosigkeit keine erfolgreichen Kämpfe geführt werden können, ist, wie wir wiederholt nachwies, falsch und läuft bei der Dauerkrise auf die Ablehnung jeder Abwehr, jeden Kampfes hinaus. Was auf nurgewerkschaftlichem Kampf nicht möglich ist, muß durch politische Massenaktionen mit Einsatz der Gewerkschaftsmacht erzwungen werden.

## Zur Palastrevolution im Gesamtverband

Der Beirat des Gesamtverbandes nahm auf seiner Tagung am 11. und 12. Juni u. a. Stellung zu den Verfehlungen im Hauptvorstand. Der offizielle im „Vorwärts“ veröffentlichte Bericht ist zwar sehr diplomatisch abgefaßt und sucht die Angelegenheit zu bagatellisieren, aber er laßt doch erkennen, daß die öffentlich erhobenen Vorwürfe über Verschleuderung von Verbandsgeldern den Tatsachen entsprechen. Der Verbandsvorsitzende Schumann und mit ihm die zwei weiteren Vorstandmitglieder Nürnberg und Ruppert wurden wegen Ueberschreitung ihrer Befugnisse zum Rücktritt gezwungen. Es handelte sich aber nicht um „ehrenrührige Vorwürfe“, sagt der Bericht.

Nun, solange die öffentlich erhobene Anschuldigung, daß viele Zehntausende von Verbandsgeldern für übertriebenen Luxus und überflüssige Reisespenden verthan wurden, ist diese Darstellung keinerlei Entschuldigung. Es kommt hier darauf an, ob es mit der proletarischen Ehre vereinbar ist, als Verbandsführer überflüssige Summen auszugeben und gleichzeitig die notwendigen Kämpfe wegen Geldmangels zu verhindern. Ist dem aber so, dann müssen die Schuldigen ausgeschlossen werden. Das um so mehr, als unzählige oppositionelle Kollegen ausgeschlossen wurden, nur weil sie Kritik an dieser Verbandsführung übten und eine Aenderung im Sinne des Klassenkampfes forderten. Von einem Ausschluß hat aber der Beirat abgesehen, ja, es ist noch nicht einmal klar, ob die Beschuldigten als Angestellte entlassen werden.

Der andere Verbandsvorsitzende Müntner scheint, entgegen unserer ersten Nachricht, nicht direkt an den Verfehlungen beteiligt zu sein. Er bleibt Vorsitzender, obwohl er doch zum mindesten aus Nachlässigkeit mitverantwortlich ist. An Stelle von Nürnberg und Ruppert sind Reitz und Pollenske in die führenden Vorstandsstellen gerückt.

Die übrigen Beschlüsse des Beirates sind echt reformistisch. So heißt es in einem Beschluß: „Unsere Einheitsfront ist die Eiserner Front!“ Das sagt alles und erklärt auch den Beschluß, den für November festgesetzten Verbandstag auf „spätere Zeit zu verlegen.“

## Polen kürzt große Gehälter

Die polnische Regierung hat jetzt ihre angekündigte Verordnung über die Herabsetzung zu hoher Einzelgehälter in der Privatwirtschaft veröffentlicht. Danach können alle Bezüge, die jährlich 30 000 Zloty (etwa 16 000 Mark) übersteigen, ob sie nun als Gehalt, Tantiemen oder sonstige Vergütung ausgezahlt werden, bis zu dieser Grenze vermindert werden.

Das geschieht, wenn ein Aufsichtsratsmitglied einen durch die Gesamtlage des Unternehmens begründeten Antrag stellt oder wenn das zuständige Finanzamt darauf hinweisen kann, daß das Unternehmen seit mehr als einem Jahr mit irgendwelchen Steuern rückständig ist, oder schließlich, wenn das Arbeitsministerium feststellt, daß Angestellte oder Arbeiter seit einem Monat nicht ihre Löhne und Gehälter bekommen haben. Das Bezirksgericht setzt die neue Gehaltshöhe fest, entsprechend der Ertragsfähigkeit, Zahlungsfähigkeit, Steuerkraft, Verschuldung sowie entsprechend dem Beschäftigungsgrad und der allgemeinen Lohn- und Gehaltshöhe, die sonst in dem Unternehmen üblich ist.“

Wie wäre es mit einer Uebernahme dieses Gesetzes durch Deutschland? Die Anwendungsgebiete wären sicher sehr groß, da bereits ein überaus großer Teil der Privatwirtschaft von öffentlichen Subventionen lebt. Jedenfalls ist es ein unerträglicher Zustand, daß diese Subventionen zu einem nicht unerheblichen Teil sich in Ministergehälter für unfähige Direktoren verwandeln.

## Kein Streik im Berliner Kohlenhandel

Auf Antrag der Unternehmer hat der Schlichter den für den Berliner Kohlenhandel gefällten Schiedsspruch, der einen Lohnabbau von 8 bis 10 Prozent vorsieht, für verbindlich erklärt. Die Urabstimmung in den Betrieben hatte keine Dreiviertel-Mehrheit ergeben, so daß nach Auffassung der Gewerkschaftsleitung der Schiedsspruch auch ohne Verbindlichkeitserklärung für angenommen gilt.

Richtigstellung. Zu unserem Bericht über die Buchbindergeneralversammlung in der „SAZ“ vom 5. Juni wird uns von einem Genossen berichtend mitgeteilt, daß nicht die Versammlungsmehrheit, sondern die Ortsverwaltung von sich aus die Angestelltenkandidaten zur Beiratswahl aufgestellt hat. Auch hat nicht die Versammlungsmehrheit beschlossen, daß die Urabstimmung in einem Lokal stattfinden soll. Das hat die Ortsverwaltung nur vorgeschlagen. Sie will sich nach dem Protest der Opposition, dem sich auch viele SPD-Kollegen aus Großbetrieben angeschlossen haben, die endgültige Festlegung vorbehalten.